

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboenmentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungsliste Nr. 4627) vierjährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltenige Zeitung oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die folgende Nummer steht 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Vor dreißig Jahren.

* Leipzig, 25. März.

Morgen vollendet sich ein Menschenalter, seitdem in dem Leipziger Hochverratsprozeß das Urteil der Geschworenen gefallen wurde. Es ist ein Gedenktag nicht nur für die spezielle Geschichte der Partei in Leipzig, sondern für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt. Der Präsident des Gerichtshofs, der mit unbeschämter Parteilichkeit die Verhandlungen leitete, die acht unter den zwölf Geschworenen, die das Schuldig über Liebknecht und Bebel entschieden, ahnten nicht, einen wie kolossalen Dienst sie der Sache des Proletariats leisteten.

Kein äußerlich betrachtet, als Monstrum der Klassenjustiz, nimmt der Leipziger Hochverratsprozeß keine hervorragende Stelle in der Geschichte der Partei ein. Ihre Jahrbücher haben seitdem ganz andere Rechtsbeugungen zu verzeichnen gehabt; und man kann fast sagen, daß der Leipziger Hochverratsprozeß in dieser Beziehung sozusagen noch ziemlich harmlos war. Die Parteilichkeit des Präsidenten reichte immerhin nicht an das heran, was englische und französische Reaktionshäuse in den Zeiten wild erregter Klassenlämpfe geleistet hatten; sie machte hauptsächlich deshalb ein so peinliches Aufsehen bis tief in die bürgerlichen Kreise hinein, weil sie in Deutschland neu war. Die Mehrzahl der Geschworenen waren ganz biedere Spießbürger, die mit ihrem "Gott" und mit ihrem Gewissen in holdstem Einverständnis zu sein glaubten, wenn sie über die beiden Hauptangestellten ein verurteilendes Verdict sprachen, und endlich die Verurteilten selbst konnten sich nicht über die besondere Grausamkeit der an ihnen verübten Klassenjustiz beklagen. Sie haben ihre paar Jahre Festungshaft ganz wohlgemut abgesponnen, ja sogar unter Kräftigung ihrer Gesundheit; Bebels Leben ist, wie ihm sein Arzt bestätigte, dadurch erhalten worden, daß er auf längere Zeit der aufreibenden Agitationsarbeit entzogen wurde, die ihn in seinen jungen Jahren zu verjüngen drohte.

Gleichwohl wird der Leipziger Hochverratsprozeß für das historische Gedächtnis immer in erster Reihe der gerichtlichen Prozeduren stehen, mit denen der Emancipationskampf der deutschen Arbeiter zu ersticken versucht worden ist. Er gab diesem Kampfe einen mächtigen Anstoß, und man mag selbst sagen, eine entscheidende Wendung. Mit ihm löste sich die mannißche Verwirrung, die dadurch entstanden war, daß die deutsche Arbeiterklasse schon die Ketten des Kapitals zu rütteln begann, noch ehe der ökonomische Kapitalismus seine politischen Konsequenzen gezogen hatte.

War die englische und die französische Bourgeoisie kräftig und trozig genug gewesen, die Welt nach ihrem Bilde einzurichten, so ließ sich die deutsche Bourgeoisie von vornherein in erniedrigende Kompromisse mit dem Absolutismus und Feudalismus, mit dem Bürokratismus und dem Militarismus ein. Es versteht sich leicht, daß die deutsche Arbeiterklasse dieser läglichen Politik die Heeresfolge versagen mußte, die sie sonst der Bourgeoisie gern leistet, wenn diese einen ernsthaften Kampf mit noch rückständigeren Klassen beginnt. Aber anders als in so vertrockter und verkrüppelter Form war die bürgerliche Einheit und Freiheit in Deutschland nicht mehr zu haben, seitdem die deutsche Bourgeoisie im Jahre 1848 die ihr vom deutschen Proletariat geschaffene, unvergleichlich günstige Situation in unglaublicher Kürzsichtigkeit versahen hatte. Wenn die deutsche Bourgeoisie entschlossen war, sich mit dem Maße von Reichsherrlichkeit zu bescheiden, das wir heute genießen, so konnte die noch so junge, proletarische Bewegung daran nichts ändern; die Arbeiterklasse mußte sich dann entschließen, den Kampf aufzunehmen, so wie er ihr geboten war, sie mußte versuchen, aus der Not eine Tugend zu machen und auf dem schwierigen Gelände um so geschickter zu manövriren und um so fähiger zu schlagen, was ihr denn auch, wie bekannt, vortrefflich gelungen ist.

Mit diesem Dilemma war die historische Frage gestellt, die in den Kämpfen der Lassalleianer und der Eisenacher durchgesuchten wurde. Der Streit erreichte seine schärfste Ausprägung, als im Juli 1870 der deutsch-französische Krieg ausbrach. Wir wissen heute, daß er durch diplomatische Machenschaften Bismarcks und Bonapartes angezettelt worden war, in denen der eine sich des anderen als würdig erwies, aber es ist auch unbestreitbar, daß er eine gewaltige Bewegung in allen Klassen der deutschen Nation entzündete, die endlich einmal einen eigenen Willen gefunden wollte, nachdem sie sich seit Jahrhunderten immer unter den Willen des Auslandes hatte beugen müssen. Selbst rein vom proletarischen Standpunkt aus betrachtet, war ein Sieg Bonapartes von allen denkbaren Möglichkeiten die unheilvollste. Zum Glück dauerte die fast unerträgliche Spannung nur wenige Wochen, um dann die innere Spaltung der deutschen Sozialdemokratie von Grund aus zu schlichten, mochte diese Spaltung äußerlich auch noch einige Jahre fortdauern. Mit dem Tage von Sedan war entschieden, daß die bismärkische Reichsherrlichkeit eine historische Thatsache geworden, an der nicht mehr gerüttelt werden konnte, aber auch der historische Charakter dieser Reichsherrlichkeit enthüllte sich über jeden Zweifel hinaus, als Bismarck unter dem Jubel der deutschen Bourgeoisie am Tage nach Sedan den Eroberungskrieg um Elsass-Lothringen begann. Wie schnell sich nunmehr das Häuflein klassenbewußter Proletarier historisch zurecht fand, zeigte der Jubelzug, womit es im Frühjahr 1871 die Pariser Kommune begrüßte; seitdem ver-

folgte Bismarck nach seinem eigenen Geständnis die deutsche Sozialdemokratie mit unversöhnlichem Hass.

So beschwore er in seines Sinnes Thorheit den Leipziger Hochverratsprozeß heraus, jedoch nur, um zu erfahren, wie jammervoll alle diplomatische Schläue an dem ehemaligen Felsen des revolutionären Princips zerstellt. Die Gelegenheit erschien gewiß nicht ungünstig; es waren nicht bloß die eigentliche Bourgeoisie und das eigentliche Philistertum, sondern sehr weite Schichten der Nation, die seit dem deutsch-französischen Krieg mit Abneigung und Misstrauen auf die sozialdemokratische Agitation blickten. Auf der jungen Partei lag es wie ein moralischer und politischer Bann, der gründlich gebrochen werden mußte, wenn sie sich auf dem großen Fuße einer nationalen Bewegung entfalten wollte. Aber wie konnte sie diesen Bann brechen? Die Reichstagstribüne war der Sozialdemokratie noch so gut wie verschlossen, und ihre Mittel der Propaganda waren so armlich und gering, daß es fast unmöglich schien, mit ihnen durch den Wall der Vorurteile zu dringen.

Da kam Bismarck als Helfer. Die weit hallende Tribüne eines Monstreprozesses, auf den die dienstwilligen Federn der Regierung seit Monaten und selbst seit Jahren mit geheimnisvoll-schauerlichen Andeutungen die Aufmerksamkeit ganz Deutschlands und fast ganz Europas gelenkt hatten, war gerade das, was der Partei not thut. Die vierzehntägigen Verhandlungen des Prozesses sind bekannt genug, und wir brauchen nicht zu sagen, wie glänzend Liebknecht und Bebel und ihr Mitangelagter Hepner die günstige Gelegenheit auszunutzen verstanden haben. Mit herausfordernder Kühnheit traten sie der Welt von Feinden entgegen, die sie umgab; als "Soldaten der Revolution" erwiderten sie den Schlag, den die Gewalthaber der Reaktion gegen sie als die Vertreter des klassenbewußten Proletariats führten. Sie durften mit erhobenem Haupt die Stätte des bürgerlichen Gerichts verlassen, geschlagen, aber nicht besiegt, und selbst siegreich vor "dem Richterstuhl der Welt", den der Obmann der Geschworenen mit weinerlicher Biedermannsmauer angerufen hatte.

So wurde der 26. März 1872 ein Ausgangspunkt ununterbrochener Erfolge und Siege, von deren Höhe die deutsche Arbeiterklasse morgen nach drei Jahrzehnten mit stolzer Genugthuung auf diesen historischen Gedenktag blicken wird.

Politische Übersicht.

Aus dem System der Widersprüche.

Prinz Heinrich kehrt zurück, und bürgerliche Blätter drucken unter Freudentränen allerlei Berichte aus Amerika ab über die allgemeine Melancholie, die sich des Yankee-Landes bemächtigt haben soll nach der Abfahrt des bezau-

Seuilletou.

nachdruck verboten.

Ehepaar Orlow.

Bon Maxim Gorjki.

Übersetzt von Michael Feofanoff.

Orlow fühlte, daß dies schrecklich sei — wozu auch auf die Welt kommen, wenn man an einem Tage an so einer gemeinen, gräßlichen Krankheit sterben kann? Er schaute auf den Polizisten herab und der that ihm leid. Was wird aus seinen Kindern? ... es sind ihrer ganze drei. Der Verstorbene hatte vor einem Jahre seine Frau verloren und hatte noch nicht zum zweitenmal geheiratet. Orlow empfand dies Mitleid sogar geradezu sympathisch. Über plötzlich bewegte sich langsam die gekrümmte linke Hand des Toten und streckte sich aus. Gleichzeitig schloß sich auch der linke Mundwinkel, der vorher halb geöffnet war.

"Halt!" schrie Orlow heiser auf und stellte die Bahre zur Erde. "Er lebt!" sagte er im Flüsterton zu dem Aufwärter, der ihm den Leichnam tragen half. Der wandte sich um, sah den Toten scharf an und sagte herzhaft zu Orlow:

"Was faselst Du? Begreifst Du denn nicht, daß er jetzt für den Sarg gerade recht? Du siehst doch, wie es ihm gekrümmt hat ... so kann man sich doch nicht in den Sarg legen. Los, trage!"

"Ja, er bewegt sich doch ..." protestierte Orlow, der vor Angst zitterte.

"Trag nur zu, komischer Kerl! Verstehst Du denn nicht? Ich sage: er macht sich gerade — nun, also be-

wegt er sich. Hüte Dich, Deine Unwissenheit kann Dich ins Unglück stürzen ... er lebt! Kann man denn von einem toten Leichnam so etwas sagen? Das ist Aufruhr, Bruder, ja! ... Verstehst Du? Schweig also, sag niemand ein Wort davon, daß sie sich bewegen — sie sind alle so. Sonst aber sagt's das Schwein dem Eber und der Eber — der ganzen Stadt, nun, und dann giebt's Luftluft — man begräbt lebendige Menschen! Das Volk kommt herbeigestürzt und haut uns zu Stücken. Und Du bekommst auch Dein Teil. Hast Du verstanden? — links um!"

Die ruhige Stimme Pronins und sein langsamer Gang wirkten ernüchternd auf Grigorij.

"Berlier nur nicht den Mut, Bruder, Du wirst Dich schon eingewöhnen. Hier ist es gut. Das Essen, der Umgang und alles andere ist gut. Wir müssen alle sterben, Bruder, das ist eine alte Sache. Über vorläufig merk' Dir: fürchte dich nur nicht — das ist die Hauptfache! ... Trinkst Du Schnaps?"

"Ich trinke," sagte Orlow.

"Nun, das ist gut. Da in dem Loche habe ich für jeden Fall ein Fläschchen, komm, nehmen wir einen Schluck."

Sie gingen zu der Grube hinter der Ecke der Baracke und tranken eins. Pronin goß Pfeffermünztröpfchen auf ein Stück Zucker und gab es Orlow mit folgenden Worten:

"Iß das, sonst riechst Du nach Schnaps. Hier wird es streng genommen mit dem Schnaps. Weil es schädlich ist, welchen zu trinken, sagt man."

"Hast Du Dich denn hier eingewöhnt?" fragte ihn Orlow.

"Gewiß. Ich bin von Anfang an hier. In meiner

Gegenwart sind hier Menschen gestorben — geradezu nach Hunderten. Hier ist ein unruhiges Leben, aber ein gutes Leben, um die Wahrheit zu sagen. Es ist Gottes Sache. Ganz wie im Kriege die Sanitäte ... hast Du von den Sanitären und den harnherzigen Schwestern gehört? Ich habe sie im türkischen Kriege gesehen. Ich bin bei Ardagan, bei Skars dabei gewesen. Nun, das sind bessere Menschen, wie wir Soldaten, Freunde, wir kämpfen, haben eine Flinte, Kugeln, das bajonetts, sie aber — spazieren ohne alles unter dem Regen hin wie in einem grünen Garten. Ob es unsreiner ist oder ein Türke — sie nehmen ihn und schleppen ihn auf den Verbandplatz. Und rings um sie her — geht es immer — sch! — schl! — tju! — tju! fift! Manchmal bekommt so ein armer Sanitär eins in den Hinterkopf — tsch! — und fertig ist er! ..."

Nach diesem Gespräch und einem tüchtigen Schluck Schnaps fachte Orlow ein wenig Mut.

"Wer einmal A gesagt hat, muß auch B sagen," beruhigte er sich, während er einem Kranken die Füße rieb. Hinter seinem Rücken bat jemand mit kläglicher, stöhrender Stimme:

"Trinken! Ach, läßt — gehen!"

Ein anderer schnatterte: "Oho — ho — ho! Noch heißer! — Herr — rr Doktor, es hilft! Bei Gott — ich fühle es! Erlauben Sie, noch kochendes Wasser zu zugießen!"

"Geben Sie mal Wein her!" schrie der Doktor Baczschenko.

Orlow arbeitete, hörte aufmerksam zu, was rings um ihn vorging und fand, daß dies alles im Grunde genommen schließlich gar nicht so gemein und widerlich sei, wie es ihm noch kurz vorher erschienen war, daß hier

bernden, liebenswürdigen, schlichten, aufrichtigen, offenzugigen Prinzen, der sich die Herzen der Vereinigten Staaten im Sturme erobert hat und von sich wie ein anderer Caesar sagen kann: *veni, vidi, vici* (ich kam, sah und siegte).

Wieviel Lächerliches auch der zum weltbewegenden Kultum ausgebaute Aufstieg des jungen Herrn Hohenzollern nach Amerika anhängen mag, eins läßt sich dabei doch nicht verleugnen, was ernsteren Charakter hat. Durch die Abfördigung des „hohen Gastes“ nach den Vereinigten Staaten hat das offizielle Deutschland deutlich ausgesprochen, daß es sich wohl der Notwendigkeit des politischen Zusammenschlusses mit der amerikanischen Republik bewußt ist. Freilich spiegelt sich im offiziellen Kopf die Welt ganz anders als bei anderen Leuten, z. B. bei der Sozialdemokratie. Von der Hohenzollern-Bülowischen Politik ist die Annäherung mit der Großmacht der anderen Halbstügeln als eine neue Kombination für den Wasserfuß, für eventuelle künftige Kolonialkriege, für Eroberungsziele und Länderhabscher in Aussicht genommen. Das Bewußtsein der politischen Zusammengehörigkeit und Interessenolidarität kommt hier in kapitalistisch-verzerrter Form zum Ausdruck, wie ja überhaupt die kapitalistische Weltpolitik ein politisch verzerrter Reflex der Ausbildung der Weltwirtschaft ist.

Zimmerhin aber ist dieses dunkle Bewußtsein der internationalen, der Weltentwicklung der Politik über die engen nationalen und staatlichen Schranken hinaus eine Thatache, und sie spricht sich auch in der neulichen Reise des „liebenswürdigen“ Prinzen, in seiner Liebenswürdigkeit selbst aus.

Nun aber tritt zu derselben Zeit, wo Herr Heinrich die Herzen der Amerikaner an Deutschland zu fesseln sucht, in Berlin die Botschaftskommission, in der Negierung und bürgerliche Mehrheit darin wetteifern, die wirtschaftlichen, also natürlich auch die politischen Fäden mit Amerika so gründlich wie möglich zu zerstören. Dort Liebestreibungen, hier Kriegserklärungen, dort das Anknüpfen der Weltpolitik, hier das Aufrichten thörichter Sandwälle gegen die anstürmenden Wogen der Weltwirtschaft.

Das sind nicht mehr die bizarre Sprünge und Einheiten des Paradoxen des reichsdeutschen Zickzackkurses. Das ist vielmehr ein Fragment aus dem allgemeinen System der gründlichsten Widersprüche der modernen bürgerlichen Entwicklung. Und wenn solche Theaterstücke der offiziellen Diplomatie, wie die prinzliche Amerikafahrt, für das Proletariat ein Interesse haben, so liegt es lediglich darin, an der Hand jedes einzelnen Falles die allgemeinen tiefen inneren Widersprüche aufzudecken, in denen sich die gegenwärtige Gesellschaft dreht und wendet, um an ihnen schließlich — zu Grunde zu gehen.

Friedensunterhandlungen.

Die Friedenskunde aus Südafrika hat die Phantasie der Kombinationspolitiker in heftige Schwierigkeiten versetzt. Die Zeitungen sind angefüllt von weisen Vermutungen über das, was man „in parlamentarischen Kreisen“ oder „in Regierungskreisen“ glaubt. Die Wölfe ist in siebzigster Erregung. Das amtliche England bewahrt ein beredtes Schweigen.

Auf eine Umfrage Campbell-Bannermans gab Brodrick im Unterauflage diese amtliche Auskunft: Vor vierzehn Tagen gab Schall Burgher den Wunsch kund, daß ihm Althener freies Geleit durch die englischen Linien und zurück gewähre, um mit Steini die Möglichkeit von Friedensverhandlungen zu besprechen. Althener willigte der Bitte mit Zustimmung der Regierung. Im übrigen lehne die Regierung es ab, irgend eine Auskunft über den Zweck des Besuches der Burenführer in Pretoria zu geben.

Damit ist zunächst die wohlsele Neonomisterie englischer Blätter widerlegt, als sei die Ablösung von Friedensverhandlungen von Seiten der Buren nur die Folge ihrer militärischen Verlegenheit. Im Gegenteil hat die Vermutung viel für sich, daß englische Wünsche und vielleicht auch eine gewisse englische Initiative hier mitgespielt haben. Jedemal spricht dafür der beispiellose Jubel, den die Nachricht von der Ablösung der Friedensverhandlungen in England geweckt hat. Man wünscht dort allerlei, bis zur Krönung des Königs die Hände in Südafrika frei zu bekommen.

Die Burenkreise im Haag, für die die Rote Schall Burgher eine Überraschung gewesen ist, vermuten, daß die Rote mit dem am Althener ergangenen Befehl in Zusammenhang stehe,

Kein Chaos, sondern eine große und vernünftige Kraft regelmäßig wirke. Aber bei der Erinnerung an den Polizisten zuckte er dennoch zusammen und warf einen Seitenblick durch das Fenster der Parade auf den Hof. Er glaubte jetzt, daß der Polizist tot war, aber es war doch noch etwas Unsicheres in seinem Glauben. Wenn er nun plötzlich herauspringt und schreit? Und er erinnerte sich, als hätte jemand erzählt: einmal sind irgendwo die Choleraleichen aus den Särgen herausgesprungen und davongelaufen.

Während Orlow in der Parade umher lief und hier einen Kranken rieb, dort einen in die Wanne setzte, hatte er ein Gefühl, als kochte ein Brei in seinem Kopf. Er dachte an seine Frau: wie ist ihr wohl dort zu Mute? Ab und zu gejellte sich dazu ein flüchtiges Verlangen, einen Augenblick abzupassen, um Matrena zu sehen. Aber gleich darauf schien Orlow sich dieses Wunsches zu schämen und er sagte vor sich hin:

„Drehe Dich mal so, Du Dickerchen! Habe keine Angst, wirfst austrocknen . . . wirfst Deine Absichten fallen lassen . . .“

Er hegte immer den Argwohn, daß seine Frau für ihn, den Ehemann, sehr beleidigende Absichten hege, manchmal aber, wenn er mit seinem Verdacht bis zu einer gewissen Objektivität gelangte, erkannte er sogar an, daß diese Absichten ihren Grund hätten. Sie hat ja auch ein armeliges Leben und bei so einem Leben kriecht alles mögliche Schlechte in den Kopf hinein. Diese Objektivität verwandelte seinen Verdacht gewöhnlich auf kurze Zeit in Überzeugung. Dann fragte er sich, wozu war es denn nötig, daß er aus seinem Keller in diesen siedenden Kessel kroch? — und er wurde unsicher. Aber alle diese Gedanken drehten sich irgendwo tief in seinem

inneren und schienen bei der angestrengten Aufmerksamkeit, die er der Thätigkeit des ärztlichen Personals widmete, von keinem unmittelbaren Einfluß auf seine Arbeit zu sein. Er hatte noch nie gesehen, daß sich Leute irgend einer Arbeit so hingaben, wie man es hier that, und er dachte mehr als einmal, wenn er die abgespannten Gesichter der Aerzte und Studenten sah, daß alle diese Menschen — wahrhaftig ihr Geld nicht umsonst erhielten!

Als Orlow von der Dujour abgelöst wurde, konnte er sich kaum noch auf den Beinen halten. Er ging auf den Hof der Parade hinaus und legte sich an der Wand unter dem Fenster der Apotheke nieder. Er dachte aber an gar nichts und hatte keinen Wunsch, er streckte sich einfach auf den Rasen hin und blickte zum Himmel hinauf, der mit prächtig gebauschten und von den Strahlen der untergehenden Sonne vergoldeten Wolken geschmückt war, und versiel in einen todesähnlichen Schlaf.

Er träumte, er wäre mit seiner Frau zu Besuch bei Doktor Waczschenko in einem großen Zimmer, an dessen Wänden ringsum Wiener Stühle standen. Auf den Stühlen sitzen alle Kranken aus der Parade. Der Doktor und Matrena tanzen mitten im Saal den „Rusischen“, er selbst spielt auf der Harmonika und lacht aus vollem Halse, weil die langen Beine des Doktors ganz und gar steif bleiben, und der Doktor geht wichtig und aufgeblasen im Saale hinter Matrena her, wie ein Reiter auf dem Sumpf. Und die Kranken lachen auch alle laut und wiegen sich auf den Stühlen. Plötzlich erscheint der Polizist in der Thüre. „Aha!“ schreit er düster und schrecklich, „Du dachtest, ich wäre tot, Grischka? Spielst auf der Harmonika, mich aber hast Du in die Leichenkammer geschleppt! Nun, komm mal mit! Steh auf!“

Orlow in die Höhe und setzte sich auf den Boden hin. Ihm gegenüber hockte Doktor Waczschenko auf den Fersen und sagte vorwurfsvoll zu ihm:

„Freund, was bist Du für ein Sanitäter, wenn Du auf der Erde schlafst und Dich sogar noch auf den Bauch hingelegt hast? Du wirst Dir den Bauch erkälten — Du wirst Dich auf die Brüste legen müssen und am Ende stirbst Du gar noch . . . das geht nicht, Freundchen — zum Schlafen hast Du Deinen Platz in der Parade. Hat man Dir denn das nicht gesagt? Ja, gejchickt hast Du auch und hast Schüttelfrost. Nun, komm mal her, ich werde Dir etwas eingeben.“

„Ich war so müde,“ murmelte Orlow.

„Um so schlimmer. Man muß sich in acht nehmen — es ist eine gefährliche Zeit, Du bist aber ein brauchbarer Mensch.“

Orlow ging schweigend hinter dem Doktor her durch den Korridor der Parade, schweigend trank er irgend eine Arznei aus einem Gläschen aus, trank noch aus einem anderen, verzog sein Gesicht und spie aus.

„Nun, jetzt geh und schlafe . . . auf Wiedersehen!“ und der Doktor stellte mit seinen langen, dünnen Beinen über die Tiefe des Korridors.

Orlow sah ihm nach und plötzlich lief er mit einem breiten Lächeln auf dem Gesicht hinter ihm her.

„Danke bestens, Herr Doktor!“

„Für was?“ sagte jener und blieb stehen.

„Für Ihre Mühe. Jetzt werde ich meine ganze Kraft für Sie anstrengen! Denn ich freue mich über Ihre Fürsorge . . . und daß ich ein brauchbarer Mensch bin . . . und überhaupt meinen beiten Dank!“

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Der lange Möller als Oberbureauaufsatz.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat an die Regierungspräsidenten einen Erlass gerichtet, nach dem über die Bildung und Entwicklung wirtschaftlicher Kartelle sowie über deren Wirkungen eine Enquête veranstaltet werden soll. Doch soll die Umfrage sich nicht an die Kartelle direkt richten, da dies vielleicht „Brennruhigung in die beteiligten Kreise tragen könnte“, sondern die Regierungspräsidenten sollen ihre Berichte lediglich auf Grund des Materials abfassen, das ihnen amtlich zur Kenntnis gekommen ist. Von Mitteilungen über das Kali-, Kohlen-, Coal- und Roheisen-Syndikat soll vorläufig abgesehen werden.

Es ist immerhin schon ein Ereignis, wenn es einmal einen preußischen Handelsminister gibt, der für so etwas, wie Kartelle und Klinge, überhaupt ein Auge hat. Ist so ein Mann in der burokratischen Schule groß geworden, dann ist er für alle Erscheinungen des Wirtschaftslebens stockblind; ist er ein Mann des praktischen Lebens, so schließt er für Handel und Industrie beide Augen zu, sobald er in das Handelsministerium kommt. Der lange Möller hat ohne Frage als Privatmann eine intime Kenntnis von dem Kling- und Syndikatwesen seiner eingerungen Heimat, und man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß er mit all den Geschäftsgesheimnissen der rheinisch-westfälischen Kartellwirtschaft in innig verwandt und verschwagt ist. Allein als Minister weiß er davon kein Jota, und er nimmt die amtlichen Berichte seiner Regierungspräsidenten in Anspruch, um die rheinische Welt der Klinge und Syndikate „aus den Alten“ zu studieren.

Das ist die wahre Höhe. Der durchschlitztliche Regierungspräsident und preußische Handelsminister hat nur das höfliche Lächeln des Ignoranten, wenn einmal vom Hafzeugverband oder Drahtstiftsyndikat die Rede ist. Der großindustrielle Federfabrikant aber, der Minister geworden ist, ignoriert alle seine privaten Kenntnisse von der Preisstabilisierung und Ausfuhrpraktikenwirtschaft der Kartelle und nimmt als einzige Informationsquelle die amtliche und private Ignoranz seiner Regierungspräsidenten in Anspruch. Nur bei Belieb nicht die Beteiligten selbst befragt! Das wäre mir Brennruhigung in die beteiligten Kreise tragen! Trotzdem sein Bewußtsein als Industrieller gelitten hat, empfindet Herr v. Möller noch immer solidarisch mit seinen rheinisch-westfälischen Verbrüderungen; er kennt die Klümpchen, die eine Regierung den staatsverhindernden Kreisen der kartellierten Dividendenjäger schuldig ist.

Besonders rührend ist noch die Ausbildung der Coal- und Kohlensyndikate aus der amtlichen Erhebung. Diese Kartelle, deren Raubzüge das gesamte Wirtschaftsleben, nicht zuletzt auch der preußische Staat als Kohlenkonsum, sehr empfindlich hat verschärft müssen, bleiben sogar bei der recht harmlosen Material-Enquête des preußischen Handelsministers unberücksichtigt. Durch diese willkürliche Verengung der Enquêtegebiete wird die ganze Erhebung vollends gegenstandslos werden.

Die Unregung zu einer Umfrage über die Wirkungen der Kartelle ist bekanntlich im Zusammenhang mit den jüngsten zollpolitischen Verhandlungen erfolgt. Der hochschulönnere Centralverband der Industrie ist die einzige Organisation der deutschen Industrie, die sich politischen Einfluss zu verschaffen gewußt hat. Der Schuhzoll ist aber für diesen Flügel der Sammlungspolitik nur Mittel zum Zweck; die Herren verlangen hohe Zollmauern, um dahinter das deutsche Publikum durch Kartellierung der Produktion möglichst ungehobt ausplaudern zu können. Nein Wunder, daß man bei den Bölgengnern auf die uneigennützigen Vorkämpfer der Heimpolitik aufmerksam geworden ist und durch die auseinanderliegende Umfrage auf die delikaten Zusammenhänge zwischen Syndikatwucher und Brotwucher hingewiesen hat.

Das wird freilich auch das einzige Verdienst der Enquête bleiben. Diese selbst wird ergebnislos verlaufen. Dafür sorgt schon die burokratische Ignoranz der Enquête-Darsteller und die überbureaucratische Ignorierung der Verhältnisse durch den diesen Organen vorgesetzten Herrn Minister von der Bederbranche.

Berlin, 25. März. Für die Osterferien wird eine Begegnung des Reichskanzlers Bülow mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Prinetti in Oberitalien geplant. Die ganz „zufällige“ Zusammenkunft soll offenbar die Gerüchte über die Auflösung des Dreibundes endgültig widerlegen.

Das preußische Herrenhaus hat den im Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzentwurf über die Bildung von Gesamt-

verbünden in der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Cassel an das Abgeordnetenhaus „zu gefälliger weiterer Verabsiedlung“ zurückgelangen lassen, da das Herrenhaus den Gesetzentwurf „bezüglich des Textes unverändert, jedoch bezüglich der Schreibweise mit der Abänderung angenommen hat, daß in Überschrift und Einleitung des Gesetzentwurfs das Wort „Cassel“ durch „Kassel“ ersetzt ist.“ — Das Abgeordnetenhaus muß also den Gesetzentwurf noch einmal beraten! Das ist eine hervorragende parlamentarische Leistung der „Herren“ von Preußen. —

Der Bundesrat wird in der nächsten Woche noch eine Plenarsitzung vor dem Osterfest abhalten, um den Gesetzentwurf betrifft Regelung der gewerblichen Kinderarbeit zu verabschieden. Die Regierung legt Wert darauf, daß diese Vorlage auch im Reichstage noch vor Pfingsten erledigt wird. Auch die Novelle zum Obersteuergesetz soll möglichst bald im Bundesrat fertiggestellt werden, doch ist es nicht wahrscheinlich, daß sie dem Reichstage noch in diesem Abschluß seiner Tagung zugehen wird. —

Der Berliner Volkszeitung berichtet ein Privattelegramm aus Köln, aus mehreren westfälischen Städten werde überausdrücklich gemeldet, daß englische Werber sich bemühen, durch größere Geldsummen, die sofort ausgezahlt werden, Deute zum Eintritt in das südostasiatische Heer zu bestimmen. Auch größere Pferdekuhle sind in den letzten Tagen mehrfach vorgestellt worden. —

Der Kaiser hat gestern nachmittag das Goethe-Modell für Nam von Professor Eberlein genehmigt.

Die Regierung der Mitte. Die Regierung läßt ihren Standpunkt in der Minimalkirchfrage elstig weiter verteidigen. Sie richtet dabei ihre Abwehr weniger nach links als nach rechts, und ein Offiziellos wimmelt in der Süddeutschen Reichszeitung händlernd, es sei doch besser, daß die Reichstagskommission das mildeste „Nein“ vom Kanzler oder dessen Stellvertreter höre, als daß es später unseren Bevollmächtigten vom Auslande her entgegengerufen werde, wenn sie den Versuch machen wollten, den Kommissionsbefehlssen Geltung zu verschaffen. Dieses Buschens des Reichskonsistorialis ist möglichst verdecktheit Ergebenisse bei den übrigens noch nicht begonnenen, geschweige denn schon abgeschlossenen Vertragserhandlungen, sowie doch nur dort genehmigt werden, wo man überhaupt langfristige Tarifverträge durch übertriebene Schutzsätze unmöglich machen wollte. Für eine solche Negation der Handelsvertragspolitik habe aber schon die gegenwärtige Reichstagsmeinhaltung vom deutschen Volke kein Mandat, und noch weniger würde sie hoffen, aus einer Wahlschlacht genügend stark wiederzukehren, um den verbündeten Regierungen vom extrem agrarischen Standpunkt ihre Bedingungen vorzuschreiben zu können.

Es freut uns, daß die Regierung über den voraussichtlichen Austritt einer Neuwahl zum Reichstag annähernd unterrichtet ist. Wir können ihr nur versichern, daß das große Volksgericht nicht bloß mit dem „extrem agrarischen“, sondern auch mit dem eigenen Standpunkt der Regierung in der Sollfrage ebenso fertig wird.

Die Agrarier machen mit ihren Sollgegnern, wo sie es können, kurzen Prozeß. Aus dem Kreise Nastenburg-Gerau-Friedland wird noch eine habsche Probe ihrer politischen Methoden bekannt. Dem landwirtschaftlichen Verein Bartenstein gehört auch der Brauereibesitzer Engelbrecht an, der sich politisch zur freisinnigen Volkspartei hält. Dieser Herr erhielt nach der Königberger Hartungschen Zeitung am letzten Freitag einen eingeschriebenen Brief folgenden Inhalts:

Kraphausen, 20. März 1902.

Herr pp.
Nach Ihrem „Wahlpropos“ sind Sie grundsätzlicher Gegner der Landwirtschaft und haben in demselben die Landwirte in jeder Begegnung entehrnder Weise angegriffen, beleidigt und die ländlichen Arbeiter gegen Ihre Herren aufzuhetzen verucht.

Die in der gestrigen Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins anwesenden Mitglieder haben bis auf zwei Stimmenhaltungen den Beschuß gefasst, Sie als in einem landwirtschaftlichen Verein nicht hinzördig aufzuführen, aus dem Verein auszuscheiden.

Iudem ich mich bei mir gewordenen Austrages, Sie zum Austritt aufzuführen, entsehied, ersuche ich Sie ergebenst, mir Ihre Entschließung in acht Tagen anzuziegen. Erhalte ich in dieser Frist keine Antwort von Ihnen nicht, so werde ich Ihren Austritt aus dem ländl. Verein als vollzogen betrachten.

Der Vorsitzende des ländl. Vereins Bartenstein.

Bähr. v. Lettau.

Amtliches Wahlresultat für Breslau-West. Nach dem festgestellten amtlichen Resultat wurden am 20. März 25 848 gültige Stimmen abgegeben: für Bernstein (Soz.) 14 689 Stimmen, für Heilberg (freil.) 6408 Stimmen, für Bellerode 4426 und für Hans v. Mutsch 322 Stimmen. Beschlüsst waren 4 Stimmen.

Da die absolute Mehrheit 12 925 Stimmen beträgt, ist Schriftsteller Eduard Bernstein in Schönberg-Berlin mit 1784 Stimmen über die absolute Mehrheit zum Reichstagsabgeordneten für Breslau-West gewählt.

Prinzenfahrt und kein Ende! Der Wiener Neuen Freien Presse wird aus Berlin vom 24. März telegraphiert: Prinz Adalbert, der dritte Sohn des deutschen Kaiserpaars, welcher als Lieutenant auf dem Schlachtfeld Charlotte dient, wird mit diesem Schiffe nach Amerika reisen. Wie aus New York berichtet wird, beginnt die für den 28. April bevorstehende Ankunft des Prinzen in New York schon jetzt die amerikanischen Blätter zu beschäftigen. Es heißt, daß wenn der Kapitän des Schiffes die deutsche Botschaft in Washington besuchen sollte, Prinz Adalbert ihn begleiten und dem Präsidenten Roosevelt und dessen Familie vorgestellt werden würde. Prinz Adalbert steht im 18. Lebensjahr.

Sollte es nun auf die „Mif“ abgesehen sein? Denn sonst scheint ja die politische Mission bereits durch den Prinzen Heinrich so glänzend wie möglich erledigt worden zu sein!

Eine politische Rede hat in Brandenburg a. d. H. der dortige Divisionskommandeur und gewesene Gouverneur in Deutsch-Ostafrika, General v. Liebert, am 21. März auf einem sog. deutschen Abend gehalten. U. a. heißt es in der Rede des „alldeutschen“ Generals: „Wir sind ein aufsteigendes Volk, ein Herrenvolk, und herrschen wollen wir in der Welt.“ Warum nicht gar! Solche Herrschaftsideen kriegen unsere Vertreter bekanntlich alleseamt im schwarzen Erdteil.

Trotz des amtlichen Dementis erhält sich hörbarlich das Bericht von der Einleitung eines Disciplinarverfahrens gegen den Landgerichtspräsidenten Dr. Dedeckel in Braunschweig wegen dessen Unzulänglichkeit in der braunschweigischen Chronosfolge. Ein braunschweigisches Blatt, die Neuesten Nachrichten, zwecken jetzt von neuem, daß das Disciplinarverfahren tatsächlich eingeleitet sei. Dedeckel ist schon über 70 Jahre alt und bereits zehn Jahre Landgerichtspräsident.

Arbeitsfürsorge in Ostpreußen. Aus Königsberg wird uns geschrieben: Am 1. April d. J. sollte in Ostpreußen eine Polizeiverordnung betreffend die Schutzvorrichtungen an landwirtschaftlichen Maschinen in Kraft treten. Ende vorigen Jahres beauftragte die Generalversammlung des landwirtschaftlichen Centralvereins den Vorstand, beim Oberpräsidenten dahin vorstellig zu werden, daß ein späterer Termin für das Inkrafttreten der Verordnung angezeigt werde. Ein solches Verlangen wagte man zu stellen, trocken die Unsäße in der Landwirtschaft in den letzten drei Jahren betrugen: 6981, 7218, 7535. Die patriarchalische Fürsorge der Agrarier für die Arbeiter sieht seltsam aus. Begründet wurde der famose Antrag damit, daß die Fabriken die Schutzvorrichtungen nicht rechtzeitig liefern können und daß die Schutzmittel sehr teuer seien. An die Lieferungsschwierigkeit glaubt kein Mensch. Es waren nur zu viele Arbeiter da, die gern Beschäftigung gehabt hätten. Der neuostpreußische Oberpräsident hat gezeigt, daß er es an der geforderten Stütze auf den Geldbeutel der Agrarier nicht fehlen läßt. Er hat die Polizeiverordnung aufgehoben und bestimmt, daß die betreffenden Vorschriften erst am 1. April 1903 in Kraft treten. Von den Agrarier ist dieses Bugeständnis mit Bekämpfung aufgenommen, — so versichern die agrarischen Blätter der Provinz.

ws. Krefeld, 23. März. Die Centrumspartei sind in großer Verlegenheit. Die Verhandlungen des Zolltarifes lassen sie befürchten, daß sie bei den nächsten Reichstagswahlen eine gehörige Schlappe erleiden werden. Die Centrumspresse weist darauf hin, daß nun bedingt etwas getan werden müsse, und da wird am Rhein von der Presse die alte Kulturlampfmähre ganz ausgezeichnet geritten. Sie hoffen, den religiösen Nationalismus der Centrumshänger, speziell der Arbeiter, zu entzünden und durch den Ruf, die Religion sei in Gefahr, die Arbeiter wieder vor den Wagen des Centrums zu spannen. Während der Zeit hat aber das Sprengpulver, der Zolltarif, gewirkt, und durch die Stellung, die das Centrum demselben gegenüber eingenommen hat, stützig gemacht, werden die katholischen Arbeiter so leicht den Sirenenklängen der oben genannten Presse nicht mehr folgen.

Die Herren in M.-Glabach, die Führer der christlichen Gewerkschaften, wollen einen ganz anderen Weg einschlagen, um die katholischen Arbeiter bei der Centrumsfahne zu halten. Schon nach der Duisburg-Mülheimer Wahl, welche mit einer Niederlage des Centrums endete, verlangte die Westdeutsche Arbeiterzeitung, daß die Organisation der Centrumspartei einer Revision unterzogen würde, und zwar sollten Arbeiter zur Mitwirkung in den Wahlkomitees herangezogen werden. Besonders sei dies durchaus nötig in den industriellen Kreisen, wo das Centrum sich auf die katholischen Arbeiter stützen müsse. Der damalige Appell muß wohl ungehört verholt sein, denn in ihrer letzten Nummer bringt die Westdeutsche Arbeiterzeitung einen Leitartikel, in welchem sie sich bitter beklagt, daß man bis jetzt noch fast gar nichts gethan habe, bestimmt würde man es nachher bitter bereuen.

Die Lage der Centrumspartei sei noch nie eine so schwierige gewesen, als gerade jetzt. Durch die wirtschaftlichen Streitfragen seien den Gegnern des Centrums Waffen in die Hand gegeben worden, welche sie sehr geschickt gegen das Centrum auszunutzen verstehen, und mit welchen sie Verwirrung in die Kreise der Centrumswähler bringen. Würde nichts gethan in dem Sinne, wie es von der Westdeutschen Arbeiterzeitung vorgeschlagen, so würde der Austritt der Wähler in derartiger Form sein, daß es den Führern noch lange in den Ohren klängen werde. Ganz besonders müßten die Massen, die am meisten der verbrechenden Agitation der Gegner ausgesetzt sind, bearbeitet werden.

Dieser Angstschrei besagt genug, und unsere Genossen werden in den Wahlkreisen, in welchen das Centrum dominiert, schon dafür sorgen, daß ihre „verhehlende“ Agitation unter den katholischen Arbeitern Früchte trägt.

Meine politische Nachrichten. Noch eine, wenn auch indirekte Kunde gegen die Bülowsche „Granitbelagerung“. Der frühere Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und Mitarbeiter Bülowards, Graf Berchem, tritt in der Münchener Allgemeinen Zeitung in einem Artikel „Gesibile und Politik“ gegen den Engländerhass auf und mahnt zur fahrlässigen Beurteilung der Burenfrage, namentlich vom Standpunkt der deutschen Interessen. In St. Maur bei Paris kam es nach Schluß einer nationalistischen Wählerversammlung zu einem Zusammentoß zwischen Sozialisten und Nationalisten. Die Sozialisten verfolgten die Nationalisten bis zum Bahnhofe und bewarfen sie, als sie den Zug bestiegen wollten, mit Steinen. Über 20 Personen wurden verwundet.

Schweiz.

Vorsichtige Burenfreunde.

Der schweizerische Bundesrat beschloß, in Sachen der Burenmotionen „zur Zeit“ von weiteren Schritten abzusehen und den Erfolg der von der englischen Regierung zur Befestigung der Befestigungen in den Konzentrationslagern getroffenen Maßnahmen abzuwarten.

Frankreich.

Loubets Gegeubesuch. — Zweibund und Sozialisten.

Paris, 24. März. Deputiertenkammer. Der Minister des Auswärtigen, Delcassé, verlangt einen Kredit von 500 000 Franken für die Reise des Präsidenten der Republik nach Russland. Der Minister weist auf das Schreiben des Kaisers Nikolaus II. hin, in welchem dieser den Präsidenten Loubet einlud, sich persönlich von den allgemein in der russischen Bevölkerung für Frankreich herrschenden Gefühlen und der wachsenden Stärke der Union Frankreichs und Russlands zu überzeugen. (Beifall.) Der Kredit wird alsdann ohne Debatte mit 489 gegen 32 Stimmen bewilligt.

Die geringe Zahl der ablehnenden Stimmen beweist, falls die telegraphische Meldung richtig ist, daß sich wieder ein beträchtlicher Teil der ministeriellen Sozialisten zur Unterstützung der Zweibundpolitik und der Verkörperung der Republik mit dem Patriarchen hingegangen hat. Die beiden sozialistischen Fraktionen zusammen verfügen nämlich über 48 Stimmen.

Italien.

Schutz der Frauen- und Kinderarbeit.

Wir haben schon gestern die Annahme des Gesetzentwurfs über den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit in der italienischen Kammer gemeldet.

Hier wie immer wurde natürlich durch die verwirklichte „Sozialreform“ nur ein schwacher Teil desjenigen gewährt, was die Vertreter der Arbeiterschaft als billig und notwendig

hielten. Die Sozialistische Fraktion hatte nämlich einen vollständigen Gesetzentwurf ihrerseits ausgearbeitet, der gewissermaßen zu dem Regierungsprojekt in schroffem Gegensatz stand. Der Entwurf der parlamentarischen Kommission, der auch von der Kammer acceptiert wurde, hält zwischen den beiden Extremen die Mitte. So z. B. will das Projekt der Sozialisten die Altersgrenze für die Kinderarbeit auf 15 Jahre festgesetzt wissen, während das der Regierung auf 10, das der Kommission auf 12 Jahre. Das sozialistische Projekt verlangt ferner die Ausdehnung des Gesetzes auf die Frauen und Kinder in der Landarbeit, wovon die anderen gänzlich absiehen. Der Entwurf der Sozialisten verlangt sodann genauere Angaben, was unter „ungehenden und gefährlichen Arbeiten“ zu verstehen ist. Die Auslegungen des Gesundheitsrats sind ihnen ungenügend. Bei der Nacharbeit verlangen die Sozialisten die Begrenzung auf 20 Jahre und wollen Frauen und Kinder gänzlich ausschließen müssen, während der Kommissionsvorschlag 15 Jahre und beide Geschlechter zuläßt. Die Sozialisten verlangen zum Schutze der Frau sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung, während das ministerielle und Kommissionsprojekt sich im ganzen mit 28 Tagen, in Ausnahmefällen sogar mit 14 Tagen begnügen.

Die Sozialisten verlangen männliche und weibliche Justizpolizei, die von Arbeiterorganisationen in Vorschlag gebracht werden. Während die Sozialisten strenge Strafen für Nichteinhaltung der gesetzlichen Bestimmungen fordern, begnügen sich die anderen Projekte mit sehr milden, so daß das Gesetz fast unwirksam sein würde. Zum Schluss verlangen die Sozialisten Gewerbeschulen im Anschluß an die Elementarschulen, unentgeltliches Frühstück für die Schüler und Unterstützung der Wohnerinnen. Mit diesen Forderungen stehen die Sozialisten natürlich ganz allein. Dagegen erfreut sich ihr Antrag auf Gründung einer Nationalklasse für Schwangere der Sympathien der Regierung.

Unsere italienischen Genossen haben um so mehr Recht, auf ihren weitgehenden Forderungen zu beharren, als der gesetzliche Arbeiterschutz in Italien überhaupt ganz rückständig ist, und die Geldsackregierung sich erst unter dem Druck der wachsenden Arbeiterbewegung zu ihren minimalen Konzessionen entschlossen hat.

Großbritannien.

Die Irlander und die Buren.

Wie die Pall Mall Gazette meldet, haben die Gemeindevertreter von Edenderry, einer Stadt von 200 Einwohnern in Leicester, einen Glückwunsch an die Buren gerichtet, in dem sie folgende Resolution faßten:

„Wir hegen den Wunsch, unserer Bewunderung für den großartigen Widerstand Ausdruck zu geben, den die tapferen kleinen republikanischen Republiken der kolossalen Macht Englands entgegengesetzt haben. Gleichzeitig gratulieren wir dem humanen Burenführer zu seinem neuesten großen Sieg. Dieser Sieg bedeutet England, zu außerordentlicher Genugthuung der ganzen civilisierten Welt, nicht nur mit Schimpf und Häherlichkeit, sondern wird auch als moralische Folge das Ergebnis haben, daß die Singes des größten Helotenseiches, das die Welt je gesehen hat, gedemütigt werden. Wir beschließen, daß diese Resolution Seiner Exzellenz dem Präsidenten Kruger unter der Adresse Königin von Holland, und dem General Delorey angefangen werde.“

Die Resolution wurde nicht ohne Widerspruch gefaßt. Einer der Vertreter protestierte heftig dagegen, daß man „mit den Nachkommen der Hessen, die vor langer Zeit irische Frauen vergewaltigten und mordeten“ sympathisiere; und ein anderer gab der Befürchtung Ausdruck, daß eine solche Resolution das englische Volk noch mehr gegen Homerse aufreizen könnte. Eine Abschrift der Resolution ist bereits an Kruger, „unter der Adresse Königin Wilhelmina“, abgegangen.

Russland.

Ein neuer Streit gegen den Liberalismus?

Dem Kyrillischen Blatt wird aus Petersburg gemeldet, daß im Ministerium des Innern der Plan einer Übertragung der ländlichen Statistik, die bis jetzt in den Händen der „Landesstatistik“ (Semstvos) ruhte, auf das Finanzministerium ausgearbeitet wird.

Das Semstvo ist eines der wenigen Überreste aus der „liberalen“ Reformperiode der sechziger Jahre, wie die Aufnahme und Bearbeitung der ländlichen Statistik (bäuerliche Eigentumsverhältnisse, Gesundheitswesen, Schulverhältnisse u. dergl.) eine der weniger wichtigen Befugnisse, die den Semstvos noch belassen waren. Diese Schreibungen geben bis jetzt den spärlichen liberalen Elementen des Bureaureiches einige Möglichkeit, in das dunkle Russland hineinzulangen und dadurch sowohl die Kritik wie die Initiative der Gesellschaft anzustacheln.

Nun scheint die Regierung noch auf diese wenigen Ansatzpunkte eines öffentlichen Lebens rückwärts revidieren zu wollen.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Wurzen, 24. März.

Die ausständigen Schuhmacher hielten heute morgen 10 Uhr eine Versammlung in Stadt Wurzen ab. Die Tagessordnung lautete: Bericht über den Stand des jetzigen Streiks. Der Vorsitzende Kollege Geppert teilte den Ausständigen mit, daß der Stand des Streiks sehr günstig sei. Streikbrecher haben sich bis jetzt nicht gefunden. Am Streik waren beteiligt zusammen 92 Personen, abgereist sind bis jetzt davon drei. Die Kollegen Sips und Möller forderten die Anwesenden auf, sich nicht zu Thätschelheiten hinzuholen zu lassen und wandten sich dann gegen den Bericht des Tageblatts, wo es heißt, die Arbeiter hätten Kontraktbruch begangen. An der weiteren Debatte beteiligten sich die Kollegen Seidel, Winter, Schubert, Hennert, Heinecke und andere. Der Fabrikant soll bestimmt haben, es hätten einige Arbeiterinnen 18 Mark Lohn verlangt. Wenn das Wahrheit wäre, würden sie sich hüten zu streiken. Da der Lohn noch nicht sämtlichen Arbeitern ausbezahlt ist, beantragte die Versammlung das Streikkomitee, der Beförde diese Angelegenheit zu unterbreiten. Nach langer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen, den Herrn Bürgermeister Dr. Seehan zur Annahme der Vermittelung zu ersuchen. Als Forderung wurde gefestigt: einen Lohn, der dem Durchschnittslohn der letzten zwei Jahre gleichkommt, und ferner die Forderung, daß seine Maßregelung vorgenommen wird. Die letztere Forderung ist um so dringender, da der Fabrikant einzelnen Ausständigen gegenüber geäußert hat, die drei Berliner Geppert, Koblig und Sips hätten die Konsequenzen zu tragen. In Leipzig hat man schon versucht, Arbeiter durch Agenten zu werben für die Lüderische Fabrik, die Leipziger Arbeiter werden ersucht, sich nicht als Arbeitswillige benutzen zu lassen. Am Streik sind beteiligt 61 Arbeiter und 31 Arbeiterinnen. Von den Arbeitern sind 20 ledig und 41 verheiratet mit 186 Kindern. Von den Arbeiterinnen sind 21 ledig und 10 verheiratet. Die nächste Versammlung der Ausständigen findet Mittwoch früh 10 Uhr statt.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zu Nr. 69 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 25. März 1902.

Sie das Kapital der Invaliden-Versicherungsanstalten angelegt ist.

Nach dem Invalidenversicherungsgesetz sind die Invalidenbeiträge so zu bemessen, „dass durch dieselben gedeckt werden die Kapitalwerte der den Versicherungsanstalten zur Last fallenden Verträge der Renten, die Beitragsentlastung und die sonstigen Aufwendungen der Versicherungsanstalten“. Die Folge dieser Bestimmung ist, dass sich im Laufe der Zeit bei den einzelnen Versicherungsanstalten ein erhebliches Kapital ansammelt. Nun werden aber die Invalidenbeiträge bekanntlich zur einen Hälfte direkt und zu der anderen Hälfte indirekt den Arbeitern abgenommen. Within bilden diese Kapitalien in letzter Linie Arbeiterschichten und die Arbeiter können mit Recht verlangen, dass ihre Interessen auch bei der Anlage dieser Kapitalien nicht außer acht gelassen werden. Und dieses Recht haben die Arbeiter um so mehr, da im Invalidenversicherungsgesetz ausdrücklich vorgesehen ist, dass die Versicherungsanstalten einen Teil ihres Vermögens „für solche Veranstaltungen“ anlegen können, „die ausschließlich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu gute kommen“.

In dem neuesten Heft der Amtlichen Nachrichten hat nun das Reichsversicherungsamt über die Art, wie jene Kapitalien zum Teil angelegt sind, einige Angaben veröffentlicht. Nach denselben sind vergeben:

1. Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (Hypothesen, für Kleinbahnen, Land- und Wegebesserungen, Erhöhung der Viehzucht, Linderung der Futternot etc.).

bis zum 31. Dezember 1901 . . .	64 588 410.— Mf.
" " 31. 1900 . . .	54 950 112,44
" " 31. 1899 . . .	45 271 687,00
" " 31. 1898 . . .	35 820 063,89

2. Für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, Volksheilstätten, Gemeindepflegestationen, Herbergen zur Heimat, Arbeitersiedlungen, Volksbädern, Blindenheimen, Kleinkinderschulen, Schlachthäusern, für Wasserleitungs-, Kanalisations-etc. Anlagen, für Spar- und Konsumvereine und andere ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen:

bis zum 31. Dezember 1901 . . .	108 287 887,80 Mf.
" " 31. 1900 . . .	53 944 982,87
" " 31. 1899 . . .	86 421 762,42
" " 31. 1898 . . .	16 680 484,34

3. Für den Bau von Arbeiterwohnungen:

bis zum 31. Dezember 1901 . . .	87 520 587.— Mf.
" " 31. 1900 . . .	78 120 225,94
" " 31. 1899 . . .	52 084 115,22
" " 31. 1898 . . .	85 892 118,18

4. Für eigene Veranstaltungen (Krankenhäuser, Heilstätten, Lungeneinstützen, Erholungs- und Genesungsheim, Invalidenhäuser etc.):

bis zum 31. Dezember 1901 . . .	17 570 289,19 Mf.
" " 31. 1900 . . .	11 648 885,90

Am meisten den Arbeiterinteressen entsprechend erscheint die Anlage der Kapitalien „für eigene Veranstaltungen“. Denn hier ist wenigstens die Sicherheit dafür gegeben, dass die mit dem Gelde der Versicherungsanstalten geschaffenen Einrichtungen auch wirklich den Bedürftigen zu gute kommen. Um so auffallender ist es, dass für die „eigenen Veranstaltungen“ sowohl im letzten wie im vorletzten Jahre eine verhältnismäßig ganz geringe Summe verwendet worden ist. Selbst im letzten Jahre ist für diese Zwecke eine viel, viel kleinere Summe in Anspruch genommen worden, als anderen Körperschaften bewilligt wurde. Offenbar ist es den Versicherungsanstalten viel bequemer, das Geld weiter zu geben, als es selbst zu verwenden. Und doch könnten die Versicherungsanstalten noch viele segensreiche und geradezu unentbehrliche Anstalten schaffen. Wir erinnern nur an die Lungeneinstützen: wie viele dieser Anstalten mühten hergerichtet werden und wie wenige sind vorhanden oder bisher in Angriff genommen! Die Arbeitervertreter in den Versicherungsanstalten sollten daher mit aller Entschiedenheit darauf dringen, dass mehr Sorgfalt als bisher auf die „eigenen Veranstaltungen“ gelegt wird.

Eine erheblich größere Summe ist für den Bau von Arbeiterwohnungen bestimmt worden. Das ist ja begreiflich, da in den letzten Jahren, so lange der industrielle Aufschwung andauerte, sich der Mangel an Arbeiterwohnungen ganz besonders stark bemerkbar machte. Die schlimmen Folgen, die die Wohnungsnot für unsere ganze kulturelle Entwicklung hat, werden zum Teil auch von bürgerlichen Kreisen anerkannt. So war es möglich, eine größere Summe für den Bau von Arbeiterwohnhäusern zur Verwendung zu bringen. Wenn aber diese Kapitalien wirklich den Arbeitervertretern dienstbar gemacht werden sollen, müssen zwei Gefahren vermieden werden: der durch die Kapitalien der Versicherungsanstalten geförderte Bau von Arbeitervohnhäusern darf nicht zur Vereidigung einiger Privatleute führen; ebenso wenig aber darf er ausgenutzt werden, um die Abhängigkeit der Arbeiter von den Kapitalisten oder den Behörden noch zu verschärfen. Nur wenn diese beiden Gefahren vollständig ausgeschlossen sind, kann die Verwendung der Invalidenkapitalien für den Bau von Arbeiterwohnungen gebilligt werden.

Die unter 1 und 2 angeführten Summen gehören eigentlich zusammen. Denn sie sind für solche Wohlfahrtseinrichtungen in der Stadt und auf dem Lande bestimmt, die zum Teil den Arbeitern nicht allein, oft genug auch nicht einmal überwiegend zu gute kommen. So lange es aber noch an Wohnungen, Lungeneinstützen und ähnlichen, dringend notwendigen Anstalten für die Arbeiter fehlt, sollten die den Arbeitern abgenommenen Gelder für diese Zwecke ausschließlich bestimmt sein. Dass dieses selbstverständlich ist, ist nicht beachtet wird, dass vielmehr ungefähr noch einmal so viel, als für die besonderen Arbeitervertretern zur Verwendung gelangt, den allgemeinen „Wohlfahrtseinrichtungen“ zufügt, an denen nicht selten auch die wohlhabenderen Bevölkerungskreise einen Anteil haben: dies beweist, wie weit bei der Durchführung selbst eines solchen Gesetzes die Arbeiterinteressen hinter denen der „besseren“ Klasse zurücktreten müssen.

Für uns hat nun noch ein besonderes Interesse die Frage, wie die Versicherungsanstalt des Königreichs Sachsen ihre Kapitalien verwendet hat? Sie hat bis zum 31. Dezember 1901 hergegeben:

1. Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses
2. Für allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen : 28 485 500
3. Für den Bau von Arbeiterwohnungen : 7 881 280
4. Für eigene Veranstaltungen 140

In Sachsen ist also das Wirkungshinweis zwischen der Summe unter 2 und der unter 3 und 4 ganz besonders groß. Für die allgemeinen Wohlfahrtseinrichtungen sind fast viermal so viel Kapitalien verwendet worden als für den Bau von Arbeiterwohnungen. Für „eigene Veranstaltungen“ ist bis jetzt eigentlich noch gar nichts ausgetragen. Die oben angeführten 1140 Mf. sind für die Vorarbeiten zum Bau einer eigenen Lungeneinstütze bestimmt. Erst wenn dieser Bau in Angriff genommen sein wird, ist in Sachsen wenigstens der Anfang gemacht mit der Anlegung der Invalidenkapitalien, so wie es dem Sinne und der Tendenz des Gesetzes entspricht.

Außerdem sind zusammen 93 620,83 Mf. zur Erhaltung und Ausstattung von Volksheilstätten zinslos, aber gegen besondere Vergünstigungen für die Kranken der Versicherungsanstalt vergeben worden. Dass dies kein genügender Erfolg für die vielen in Sachsen notwendigen Wohlfahrtseinrichtungen ist, liegt auf der Hand.

Endlich „sätzlich“ aber ist folgende Thatsache: an politische, Schul- und Kirchengemeinden sind nicht weniger als 4 972 350 Mf. hergegeben worden, „welcher Betrag zum weitaus größten Teile (1) zu gemeinnützigen Zwecken verwendet worden ist“. Nun, diese Art von „gemeinnützigen Zwecken“ ist ja bekannt. Wo aber bleibt die besondere Rücksicht auf die Arbeiterinteressen, die sich daraus ergibt, dass es sich hier um Arbeitergroßbetrieb handelt? Auch bei uns in Sachsen fehlen noch so viele Anstalten zum Schutz der Pflege und zur Erholung erkrankter oder von Krankheit bedrohter Arbeiter, dass es Gelegenheit genug gibt, die Kapitalien der Invalidenversicherungsanstalten in Einrichtungen dieser Art anzulegen. Weshalb muss Sachsen auch in

dieser Beziehung wieder den Arbeiterinteressen noch weniger gerecht werden, als es sonst im allgemeinen in Deutschland geschieht? Die Arbeiter in Sachsen aber sollten keine Gelegenheit unbenutzt lassen, um die Forderung zu erheben, dass bei der Anlage der Invalidenkapitalien die besonderen Interessen der Arbeiter viel mehr als bisher berücksichtigt sind.

v. h.

Gerichtsaal.

Schöffengericht.

Leipzig, 22. März.

Ein brutaler Radler. Der Eisenarbeiter Franz Wolf aus Weißensels, dreimal wegen Körperverletzung bestraft, holte in der dritten Morgenstunde des 19. August v. J. auf der Straße von Göbschelwitz nach Schauen mehrere Dienstkleider ein, die von einem Tanzvergnügen kamen. Er sprang von seinem Rad und schlug dem einen ohne jede Veranlassung mit einem Stock über den Kopf, dass er stark blutende Verletzungen davontrug. Dann schrie er sie an: Dem schlage ich noch den Schädel ein! Er setzte sich dann wieder auf sein Rad und fuhr weg. Der Verleste, Dienstkleid Minkwitz, musste sich in ärztliche Behandlung geben und war mehrere Tage arbeitsunfähig. In der Behandlung behauptete Wolf, seit einem Sturz vom Rad vor einigen Jahren habe er nervöse Anfälle und an dem dem Vorfall vorausgegangenen Abend sei er auch sehr betrunken gewesen. Durch die Zeugenaussagen wird die letztere Aussage W.s widerlegt; er habe noch sehr gut fahren können. Das Gericht verurteilte W. zu 2 Monaten Gefängnis.

Vorbericht.

Leipzig, 24. März.

Schwerer Einbruch diebstahl und Geheimschreiber. Heute kam vor der 4. Strafkammer der am 20. Oktober v. J. in der Wohnung der Witwe B. in der Davidstraße hier ausgeführte Einbruchdiebstahl, wobei den Dieben für etwa 10 000 Mf. Wertpapiere, Schmuckstücke und bares Geld in die Hände fiel, zur Verhandlung. Als Thäter standen unter Anklage der am 3. November 1878 in Weißitz bei Schkeuditz geborene Lagerist Hermann Marritter, der in Connewitz am 9. August 1878 geborene Portier Emil Justus Richter und der am 28. November 1860 in Bautzen geborene Riesende Georg Karl Maierath. Die beiden ersten waren früher in einer hiesigen Buchhandlung als Markthelfer thätig und im September v. J. trafen sie wieder verschiedenmal in Restaurationen zusammen. Sie klagten sich, weil sie auch öfters arbeitslos waren, gegenseitig ihre Not und Richter soll nun hierbei den Plan zur Übernahme der Frau B. angeregt haben. Er wohnte bis Anfang des vorigen Jahres im Hause der Frau B. und hatte dadurch Kenntnis von den Vermögensverhältnissen und sonstigen Gewohnheiten derselben erlangt. Er wusste, dass sie die Wohnung in der ersten Etage des Grundstücks Davidstraße Nr. 5 allein inne hatte und dass sie gewohnheitsmäßig jeden Nachmittag ausging. Der Plan wurde dann in Gegenwart des dritten Angeklagten im Panoramarestaurant durchgesprochen und am Nachmittag des 20. Oktober ausgeführt. Als Ritter und Maierath die Frau B. fortgehen sahen und M. zur Vorsorge noch an der Wohnung geklingelt hatte, um festzustellen, dass niemand darin sei, holte er seinen Komplizen Ritter, der sich mit den nötigen Einbrecherwerkzeugen versehen hatte, herauf und dieser brach die Vorsaaltür auf, während M. Wache stand. Ritter stahl dann aus einem in der Wohnstube stehenden, verschlossenen Sekretär eine 3½-prozentige Prioritätsobligation über 1500 Mf., 2 Stück 4-prozentige Leipziger Stadtanleihen à 500 Mf., desgleichen eine 3½-prozentige zu 100 Mf., 6 Stück 3-prozentige Prioritätsaktien der Grafschäfer Bahn und Bergbau à 100 Mf., 2 Stück ungarische Goldrenten à 300 Mf., 3 Stück 4½-prozentige Buschthader Eisenbahnprioritätsaktien à 400 Mf., ein gleiches Wertpapier zu 200 Kronen, eine Prioritätsaktie der sächsischen Wollgarnfabrik, vormals Tittel u. Krüger zu 500 Mf.; ferner 5 Sparkassenbücher der Kredit- und Sparbank, der Leipziger Sparkasse und der städtischen Sparkasse, mit einer Gesamteinlage von 1241,55 Mf., und am barem Geld aus einem Kästchen 33 Mf. An Schmuckgegenständen eignete

Kleine Chronik.

Leipzig, 25. März.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird morgen Mittwoch Der Trompeter von Säffingen gegeben.

Im Alten Theater geht morgen Geh. Hofrat Dr. Rudolf von Gottschalls Drama Katharina Howard als 17. vollständliche Vorstellung zu halben Preisen, um 7 Uhr beginnend, in Scène.

Vom Donnerstag bis inkl. Sonnabend bleiben beide Stadtbühnen geschlossen.

Das Repertoire für die beiden Osterfeiertage ist das folgende: Am 1. Osterfeiertag gelangt im Neuen Theater die Oper Mignon, im Alten Theater Alt-Selbstberg und im Carolatheater die Operette Die Fledermaus zur Aufführung.

Für den 2. Osterfeiertag ist angelegt: Im Neuen Theater Die Meistersinger von Nürnberg, im Alten Theater Es lebe das Leben, im Carolatheater die Operette Das lille Mädel.

Der Vorverkauf für die Feiertags-Vorstellungen findet am Sonnabend den 29. März von 10—8 Uhr an der Kasse des Neuen Theaters für die Vorstellungen im Neuen Theater und Carolatheater, sowie an der Kasse des Alten Theaters von 10—8 Uhr statt.

wb. Eine wichtige Neuerung an der Dampflokomotive,

die bereits erfolgreiche Proben bestanden hat, wird aus England gemeldet. Es handelt sich um die Benutzung eines vollkommen anderen Kessels, man könnte sagen um die Einführung des Wasserrohrkessels in den Lokomotivenbau. Die Erfindung geht aus von dem Ingenieur Drummond, einem Beamten der London und Südwest-Eisenbahn. Drummond hat langjährige Versuche mit der Einführung von Wasserrohren in den Feuerungskästen der gewöhnlichen Lokomotive angestellt und dabei ermutigende Ergebnisse erzielt. Der verbesserte Kessel in seiner vorläufigen Form besteht aus der äußeren Wand eines gewöhnlichen Lokomotivkessels und einem Zylinder von üblicher Gestalt, aber an Stelle der großen Bohrung von Löchern, die gegenwärtig benutzt werden, ist ein nettes Feuerrohr eingeführt, das seinerseits wieder viele Wasserrohre enthält; außerdem sind auch in dem Feuerungskasten Wasserrohre angebracht. Die Folge dieser Anordnung ist, dass die Verbrennungszone auf ihrem Weg vom Feuerungskasten zum Rauchkasten durch viele Feuerrohre hindurchgehen und an den darin befindlichen Wasserrohren vorbeistreichen müssen. Auf diese Weise wird eine

sehr schnelle Dampferzeugung erreicht. Bei den Versuchen mit einem Zug von 12 Wagen betrug der Kohlenverbrauch der mit dieser neuen Einrichtung versehenen Lokomotive weniger als 20 Pfund auf je eine englische Meile; bei dieser Angabe ist leider die Feststellung des Gewichtes des Zuges zu vermissen, aus der sich erst eine richtige Beurteilung über die Leistungsfähigkeit der Erfindung ergeben würde. Besonders wird der neue Kessel für Lokomotiven von zehnjähriger Dauer empfohlen, für die bisher eine ungewöhnliche Länge der Röhren notwendig war. Dass eine sehr vollkommene Verbrennung der Heizgase in dem neuen Kessel erzielt wird, lässt sich ohne weiteres annehmen. Die Flamme ist auf ihrem Wege zum Rauchkasten weniger dem Größenwuchs ausgesetzt. Auch die Rauchentwicklung dürfte auf diese Weise vermindert werden.

nr. Das Gefundene vor 1700 Jahren. Der Berliner Mitarbeiter der in Wien erscheinenden Medizinischen Blätter macht in einer Besprechung des modernen Unfalls der Chirurgischen Wissenschaft darauf aufmerksam, dass der römische Rechtsgelehrte Ulpianus, der im Jahre 228 unserer Zeitrechnung starb, auch bereits Verlassung gehabt hat, sich gegen ein ähnliches turpisches Geschwür in schärfster Weise auszusprechen. Die Stelle, die in das Corpus juris civilis aufgenommen worden ist, hat in der Übersetzung folgenden Wortlaut: „Für Arzte wird man auch diejenigen ansprechen dürfen, die sich nur zur Behandlung eines einzelnen Körperteils oder zur Sättigung eines bestimmten Leibes erblicken, also ebenfalls Spezialisten für Ohren oder Fingern oder Zähne. Dagegen dienen zu den Arzten nicht solche Individuen geahndet werden, die die Kranken besprechen oder Gedächtnisse mit ihnen vornehmen, oder, um einen direkten Vertrag (1) geläufigen Ausdruck zu brauchen, exorcistieren. Derlei Dinge haben nichts mit der Heilkunde zu thun, obgleich manche ihr Vorwurf machen und versichern, ihnen sei auf diese Art geholfen worden.“ Der gelehrte Herr hat also vor mehr als 1600 Jahren das Gefundene schon mit dem einzigen richtigen Namen der Verirrten gekennzeichnet, und es wird unter vernünftigen Leuten nur eine Stimme darüber sein, dass auch jetzt dementsprechend gegen das immer weiter um sich greifende Unwesen vorgegangen werden müsste.

— Ein Meisterstück der Dressur hat vor kurzem ein deutscher Schauspieler gezeigt, der augenblicklich bei einem niederländischen Circus in Amsterdam gastiert. Ein „Haupschläger“ seiner Pro-

bulation war die Fütterung der Löwen, mit der er allabendlich folgendes Dressurstückchen verband. Nachdem die Löwen über ein bisschen vorgesetztes Stück Fleisch hergeschafft waren, trat er entschlossen mit einem Fuß auf dieses, und — die Löwe wichen zurück. Dies veranlasste nun einen Engländer zu der Anfrage, ob er gegen eine hohe Summe geneigt sei, dies Wagnis auch dann zu unternehmen, wenn den Löwen drei Tage lang nicht die geringste Nahrung verabreicht worden sei. Der Löwenbändiger war damit einverstanden und erbat sich nur noch eine dreiwöchige Frist zur Vorbereitung, die ihm schließlich auch gewährt wurde. Begreiflicherweise war der Circus an dem vereinbarten Abende bis auf den letzten Platz besetzt. Mit siebenfacher Spannung erwartete alles die Schlussnummer des Programms, und ein merkwürdiges Ereignis bescherte sich der Zuschauer, als der Käfig mit den Löwen, deren breitläufige Aushungierung der Engländer aufs peinlichste hatte bewachen lassen, hereingebracht wurde. Unter dem markierbaren Gebrüll der Löwen betrat der Bändiger mit einem riesigen Fleischklumpen den Käfig, was ihn unter die Beulen, hob die Deutsche empor — kein Tier rührte sich vom Platze. Er sah das Fleisch, warf es ihnen abermals vor, und in wenigen Augenblicken war es vertilgt. Unter brausendem Beifall verließ nunmehr der Bändiger den Käfig, die Brämle hatte er gewonnen. Als er nun bei dem Souper, das der Engländer nach der Vorstellung ihm zu Ehren gegeben hatte, um nähere Erklärung über seine Vorbereitungen gefragt wurde, gab er folgenden Aufschluss: Während der dreiwöchigen Vorbereitungsfrist habe er die Löwen immer drei Tage lang hungern lassen, am vierten aber habe er ihnen zuerst ein mit Petroleum durchtränktes Fleischstück zugeführt, vor dessen unerträglichem Geruch die Löwen stets zurückgeschreckt seien, und dann erst ein genießbares. Die Löwen seien allmählich daran so gewöhnt worden, dass sie auch bei der Vorstellung auf das erste Hinwerfen des Fleisches, in der Meinung, ein petroleumbeschriebenes Stück vor sich zu haben, gar nicht reagierten und erst beim abermaligen Hinwerfen des Fleisches, im Glauben, ein anderes Stück vor sich zu haben, über dieses herfielen. Dies war die einfache Lösung des scheinbar tollkühnen Wagnisses.

Humoristisches.

Mrs Roosevelt: „Wenn ihr unser Schweinefleisch nicht hereinlassen wollt, dann verbieten wir in Zukunft den Import deutscher Prinzen.“ (Simplicius)

R. sich 2 goldene Armbänder, 2 goldene Broschen, eine goldene Herrenuhrkette, ein vergoldetes Gürtelschlüssel und eine Schlippschnalle an. Beim Entfernen aus der Wohnung lehnte er die Vorhaultür wieder so fest an, daß es den Eindruck machte, als ob sie verschlossen wäre. Die 33 Mr. und die Schmiedegegenstände haben die Diebe nach einer Darstellung Ritters, der allein ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, zu gleichen Teilen unter sich verteilt. R. hat aber die That erst im Januar d. X. eingestanden und dadurch die Verhaftung der beiden Mitangestellten, die heute noch hartnäckig leugnen, ermöglicht. Er selbst ist am 28. Oktober anlässlich eines anderen Diebstahls verhaftet worden und am 12. Dezember zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. In jener Gerichtssitzung handelte es sich um einen versuchten Einbruchsdiebstahl im Comptoir des Spediteurs R. im Brühl, der in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober ausgeführt werden sollte. Die Diebe hatten sich vor Thoreschluß abends in dem Grundstück versteckt und als Ruhe im Hause eingetreten war, an die Arbeit gemacht. Sie vermuteten, wie R. in der damaligen Hauptverhandlung angab, etwa 50 000 M. bares Geld im Comptoir. Mittels einer Leiter stiegen sie durchs Fenster in die erste Etage und ein von Ritter mit dem Namen Schmidt angegebener Dieb arbeitete mit Werkzeugen an der Thür herum, ohne sie indes öffnen zu können. Sie versuchten nun, aus dem Grundstück zu kommen, doch vermochten sie das Thor nicht zu öffnen und mußten die Nacht über in dem Grundstück zubringen, um am anderen Morgen eine günstige Gelegenheit zum Verschwinden abzuwarten. Als der Haussmann am Morgen das Thor aufschloß, wollten sie sich unbemerkt von dannen machen, wurden aber vom Haussmann und seinem Sohn bemerkt und sofort verfolgt. Dem einen gelang es, in der Dämmerung zu entkommen, während Ritter, der an Stadt Rom stürzte, eingeholt und dingfest gemacht wurde. In der Verhandlung am 12. Dezember verriet Ritter seinen Compagnon nicht; während er dann im Januar einem Mitgefangeinen seine Erlebnisse erzählte und durch diesen erhielt die Staatsanwaltschaft Kenntnis. R. legte darauf auch vor der Staatsanwaltschaft ein umfassendes Geständnis ab. Bei dem Diebstahl im Brühl waren nämlich auch die beiden Mitangestellten die Helfer Ritters. Das damalige Gerichtsurteil wurde nun aufgehoben und die Sache heute noch einmal mit verhandelt. Zur heutigen Verhandlung, die bis in die späten Nachmittagsstunden dauerte, waren 17 Zeugen geladen. R. giebt noch einmal eine detaillierte Darstellung der Diebstähle. Die Wertpapiere, die Richter auch einige Zeit zur Aufbewahrung hatte, hätten sie schließlich dem Kohlenhändler Zentisch in einer Restauration zur Aufbewahrung übergeben, um sie nach einiger Zeit, wenn erst Gras über die Geschichte gewachsen wäre, zu Gelde zu machen. Wo sie jetzt sind, vermag Ritter nicht anzugeben; teilweise wären sie von ihnen verbrannt worden. Richter, der bisher noch unbestraft ist, bestreitet entschieden, die Unterlagen zu den Diebstählen geliefert zu haben. Auch daß er 11 M. und Schmucksachen vom J. Schenken Raube erhalten hat, stellt er entschieden in Abrede. Er habe sich wohl mit Ritter getroffen, der ihm erzählt habe, daß er Wertpapiere habe und wenn er sie ihm verkaufe, könne er ein paar Hundert Mark verdienen, doch beim Diebstahl selbst will er nicht mitgewirkt haben. Zentisch will er nicht kennen. Auch bei dem Diebstahl im Brühl will er nicht dabei gewesen sein, obwohl er ein Alibi über jene Zeit nicht nachzuweisen vermag. Nun ist festgestellt worden, daß er mit Ritter an jenem Abend Mayfarth vom Dresdener Bahnhof abholte und Ritter auch seinen dunklen Überzieher gab und den Ritterschen hellen dafür anzug, und als er diesen einige Tage darauf zur Martin Ritter brachte und hörte, daß R. verhaftet sei, hastig erschrocken sei. Trotzdem bleibt er bei seinen Aussagen, nicht mitgemacht zu haben. Wo die Papiere geblieben sind, vermag er nicht zu sagen. Den Vorhalt des Vorsitzenden, warum er der Braut Ritters, als diese ihn angedeutete, daß sie von der Geschichte wisse, ein verlangtes Darlehen von 30 M. gegeben habe, erklärt Richter dahin, daß er es aus Furcht gethan habe. Mayfarth will von der ganzen Geschichte gar nichts wissen, von dem Raube nichts bekommen haben und Ritter gar nicht kennen, und Richter nur ganz flüchtig einmal geheissen haben. Trotz aller belastenden Umstände bleibt er bei seinen Aussagen. Er habe eine fronde Frau und ein frisches Kind und werde sich nicht mit solchen Sachen ins Unglück stürzen. Ein Alibi für die Zeit der Diebstähle vermag er nicht zu erbringen. Die Zeugenvernehmung fördert nichts wesentliches Neues zu Tage, das die Angeklagten noch mehr belastet hätte als das eigene Geständnis Ritters. Der Staatsanwalt hält die Lebhaftführung des Schuldbeweis für erbracht, will aber die Anerkennung der ganzen Untersuchungshaft Ritters befürworten; auch der Jubiläum mildernder Umstände bei Mayfarth will er nicht entgegentreten, hingegen möge bei Richter die ganze Strenge des Gesetzes in Anwendung gebracht werden. Die Angeklagten haben jeder einen Verteidiger und diese suchen in ihren Plädoyers den Angeklagten Ritter und Richter eine milde Strafe zu erwirken, während derjenige Mayfarth für Freisprechung seines Klienten eintritt. Unter Auflösung des Urteils gegen Ritter vom 12. Dezember wird dieser unter Anerkennung der ganzen Untersuchungshaft zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Richter zu zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis und beide Angeklagte zu je 5 Jahren Ehrenreditsverlust verurteilt. Mayfarth wird, obwohl ein großer Verdacht der Weitthäterschaft gegen ihn existiert, kostenlos freigesprochen. Das Gericht konnte allein auf die belastende Aussage des Mitangestellten kein zur Verurteilung R. hinreichendes Gewicht legen.

Paderborn, 24. März. Im Prozeß wegen des Altenbekener Eisenbahnunglücks hat auch der Staatsanwalt Neubronn eingeknickt und zwar gegen das Kleinhaus zu neun Monaten verurteilende und gegen das Meyer freisprechende Erkenntnis.

Der Rottenerbeiter Johannes Vobe wurde wegen Beleidigung auf der Stätte des Altenbekener Eisenbahnunglücks von der Strafammer zu drei Jahren Gefängnis und vier Jahren Ehrverlust verurteilt und sofort verhaftet.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. März.

Ein braver Genosse, der Cigarrenmacher Friedrich Jacob zu Stötteritz, ist in der letzten Nacht nach langem

Kraulenlager im Alter von etwa 58 Jahren verschieden. Schon frühzeitig stand er in Reih und Glied der sämpfenden Sozialdemokratie, für die er Rat und Entbehrungen gar mancher Art durchzustehen hatte. Das Vertrauen der Genossen berief ihn in den Stötteritzer Gemeinderat, unter dem Sozialistengesetz verfiel er aber gar bald der Ausweisung aus dem Bezirk des kleinen Leipziger Belagerungsstaates. Von sechs, meist noch kleinen Kindern, die mit ihrer Mutter zurückblieben, riss ihn das polizeiliche Machtwort, worauf er eine Heilett mit Liebsnecht das Exil in Borsdorf suchte. 1889 kehrte er zurück, worauf er mit Gleichenfunden den Stötteritzer Konsumverein gründete, dessen Vorsitzender er von Anfang an war. Etwa 5 Jahre lang, seit 1895 bis vor wenigen Monaten, war Genosse Jacob auch Mitglied des Agitationskomitees für den 12. und 13. sächsischen Reichstagwahlkreis, in welcher Stellung er die Passengeschäfte verwaltete. In allen Parteiarbeiten hat der nun Verstorbcne, der bis zum letzten Augenblick für die Sache des arbeitenden Volkes begeistert war, lebhafte Anteil genommen. Die Leipziger Sozialdemokratie wird den Dahingeschiedenen in dankbarem Andenken halten!

Socialist. Der Gasthof zu Stahmeln steht der sozialdemokratischen Partei nicht mehr zur Verfügung. Der Wirt dieses Hotels will das Militärverbot los sein, weshalb er den Arbeitern seinen Saal nun verweigert. — An Stelle des Gasthofs ist das Restaurant Louis Kurlth in Stahmeln auf unsere Sozialisten gesetzt worden.

Die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend hat soeben für das Jahr 1902 einen umfänglichen Geschäftsbereich erscheinen lassen, in dem in ersten Linie eingehend über die Mitgliederbewegung der Kasse berichtet wird. Die Kasse, die nun mehr 17 Jahre besteht, hat zum erstenmal einen Rückgang in der Mitgliederzahl aufzuweisen, der durch die ungünstige Konjunktur hervorgerufen wurde. Der stärkste Rückgang erfolgte im Monat Dezember 1901; während in der ersten Hälfte die Mitgliederzahl um 1054 zurückging, betrug der Rückgang in der zweiten Hälfte 6005, insgesamt also 7059 Personen, wozu man aber, wenn man eine genaue Bewegung des Arbeitsmarktes haben will, noch etwa 1400 Personen hinzuzurechnen hat, die, ohne in anderer Weise Beschäftigung einzutreten, aus dem Arbeitsverhältnis ausschieden, von dem Rechte der freiwilligen Versicherung aber Gebrauch machen, mithin Mitglieder blieben. Von diesem Rückgang entfallen allein gegen 70 Prozent auf das Baugewerbe, die Maschinen- und Holzindustrie. Trotz des Rückgangs der Mitgliederzahl von 3843 im Jahresdurchschnitt, was eine Mindesteinnahme von rund 100 000 M. an Beiträgen im Gefolge hatte, erhöhte sich die Ausgabe des an die Mitglieder vor gezahlten Krankengeldes um den gleichen Betrag. Von den in den Jahren 1895 bis 1899 bei der Ortskrankenkasse vorgelkommenen Todessällen waren nicht weniger als 48 Prozent auf Überträge zurückzuführen. Der Überschuß der Kasse betrug im Jahre 1901 nur 95 609 M., das Vermögen der Kasse erhöhte sich dadurch von 2586 802,27 M. auf 2681 911,55 M. An der Erfüllung des Reservefonds fehlte noch über 1 Million M. Seit Bestehen der Ortskrankenkasse, also seit 1. Dezember 1884, sind insgesamt ca. 31512 000 M. für Unterstützungen verausgabt worden. Davon entfallen 17 162 000 M. auf bare Unterstützungen an die Mitglieder und deren Angehörige, ca. 7084 000 M. auf ärztliche Behandlung, ca. 4457 000 M. auf Arznei und sonstige Heilmittel und ca. 2809 000 M. auf Verpflegungsosten in Krankenanstalten.

Ein neuer Kassenstrafe. Thuringia, Kraulenkasse für ganz Deutschland (E. H. Nr. 7) zu Eisenach, nennt sich eine Kasse, deren Vorsitzender der vielen Leipziger noch in Erinnerung stehende Herr E. Rudolph, frühere Vorsitzende der hier vertrachten Samariterkraulenkasse, war. Unsere wiederholten Warnungen gegen beratliche Kassengläubiger sind leider wieder von manchen Arbeitern zu deren eigenen Schaden in den Wind geschlagen worden. In den letzten Wochen vorletzt nun ein hiesiger ehrwürdiges Mitglied vergeblich auf die Unterstützung, bis es folgenden Brief erhielt:

Eisenach, 11. Februar 1902.

Herrn X.

In Erledigung Ihres Briefes vom 9. cr. teile ich Ihnen mit, daß ich Ihnen Kraulenfeld nicht eher zahlen kann, als bis Sie mir beiliegenden Krankenschein von Ihrem Arzte ausgestellt retourniert. Außerdem müssen Sie mir den Nachweis bringen, daß Ihre Erkrankung laut § 16 des Statuts rechtzeitig gemeldet haben.

Achtungsvoll Seidel, Registratur.

Den Wünschen des Herrn Seidel, der die inzwischen auf Beschluss des Bezirksausschusses von Eisenach geschlossene Thuringia verwalte, wurde entsprochen, der Krankengeldanspruch in Höhe von 60 M. ist aber bis heute noch nicht befreidigt worden. An Stelle der sehr leicht erwarteten Kraulenunterstützung lief nämlich am 2. März folgende tröstliche Nachricht ein:

Die Krankengeld- und sonstigen Ansprüche haben eine beratige Höhe erreicht, daß eine augenblickliche Befriedigung aller nicht möglich ist.

Ich bin zur Zeit mit Ausstellung der Gläubiger- und Schuldnervergütung beschäftigt und werde nach Fertigstellung derselben die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragen.

Achtungsvoll Seidel.

So sehen sich wiederum die Mitglieder in der Hoffnung getäuscht, auf Grund ihrer geleisteten Verträge im Falle der Erkrankung einen Rölpfen zu haben.

12. Delegiertentag des Verbandes deutscher Kunstgewerbevereine. In der gestrigen Nachmittagsitzung wurde die Statutenberatung zu Ende geführt. Vorab die weiteren Verhandlungen fortgesetzt wurden, nahmen die Delegierten eine Belehrung der Fachausstellung für Kunstgewerbe, Kunstdräder und Spitzen im Kunstgewerbe-museum vor. Aus dem hierauf folgenden Bericht über die Erledigung der Beschlüsse der früheren Delegierten- und Kunstgewerbetage geht hervor, daß diese Beschlüsse entweder durchgeführt, oder durch Veränderung der Verhältnisse hinfällig geworden sind. Es wird demzufolge von einer Diskussion über diesen Punkt abgesehen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses betreffend die Normen für die Behandlung in unterschiedlicher Wettbewerbe. Die hierzu vorgelegten Grundsätze fordern u. a. Angaben über den Zweck des zu entwerfenden oder des fertigen Gegenstandes, sowie über die Höhe der Ausführungs Kosten, Anzahl und Höhe der Preise, ferner Bestimmungen über das Eigentumsrecht der preisgekrönten Entwürfe und Nennung der Preisrichter. Die Summe des niedrigsten Preises muß mindestens das Honorar erreichen, das bei direktem Auftrag einem anerkannten Künstler zugesandt wird. Die Summe der ausgezeichneten Preise muß ungeschmälert zur Verteilung ge-

langen. Preisgekrönte Arbeiten sind nur insofern Eigen-tum des Preisrichters, als sie für die in dem Aus-schreiben angegebene Verwendung benutzt werden. Bei dieser Beratung wurde angeregt, auf die Tagesordnung des nächsten Delegiertentages die Honorierung künstlerischer Entwürfe zu setzen. Dem Entwurf wurde zugestimmt.

Über Normen für die Zusammenfassung und Geschäftsbereich der Preisgerichte bei Ausstellungen sprach Direktor Dr. Brinkmann in Hamburg. Die Preisrichter müßten sich klar darüber sein, welche Bestimmungen bei ihrer Tätigkeit maßgebend sind. Solche Bestimmungen sollten, sobald das Preisgericht zusammengetreten ist, nicht willkürlich geändert werden. Die obere Instanz eines Preisgerichts dürfte die Beschlüsse einer unteren Instanz nur mit Zustimmung der letzteren ändern. Ferner sollen Staatsanstalten, die als Aussteller auftreten, vom Wettbewerb ausgeschlossen werden und Firmen, deren Inhaber oder Angestellte Preisrichter sind, auch hinsichtlich ihrer Mitarbeiter außer Wettbewerb gestellt werden. Anlassung zu diesen Beschlüssen sollen die Wettbewerbe auf den letzten Ausstellungen, hauptsächlich auf der Pariser Weltausstellung bilden.

Die Delegierten nahmen abends, in einer ungezwungenen Zusammenkunft, noch Mitteilungen des Direktors Dr. Rich. Graul vom hiesigen Kunstgewerbe-museum über Erörterungen der neuen Aufgaben der Kunstgewerbe-museen entgegen und tauschten ihre Meinungen über die Vorbereitungen zu den Ausstellungen zu Turin und Düsseldorf aus.

Die Große Leipziger Straßenbahn erzielte in der Woche vom 17. bis 23. März eine Betriebseinnahme von 72 698,50 M. Seit 1. Januar 1902 betrug die Einnahme 901 577,05 M. gegen 861 216,85 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Schriftliche Lehrkontrakte. Zum 1. April ab sind Vorschriften, die ihre Mündel in die Lehre zu geben beabsichtigen, bei längerer als einjähriger Dauer des Lehrverhältnisses verpflichtet, mit den Meistern schriftliche Verträge abzuschließen. Diese Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Vermögensgerichts, die nur dann ertheilt wird, wenn der Inhalt des Vertrags dem von den zuständigen Handwerkskammer entworfenen Normal-Vertrag entspricht.

Zur leichteren Bewältigung des anlässlich des Osterfestes zu erwartenden stärkeren Verkehrs hat die Staatsbahnverwaltung auch diesmal wieder in Aussicht genommen, eine Anzahl von Bürgen an den verkehrsstarken Tagen in zwei Teilen verkehren zu lassen. Weiß wird der zweite Teil der betreffenden Stütze als Vorzug abgelehnt werden; es empfiehlt sich daher, so zeitig wie nur irgend möglich auf den Bahnhöfen einzutreffen, um diese Vorzüge benutzen zu können, die ja auch eine sichere Gewähr für die Erreichung der Schlüsse auf den Unterwegsstationen nach den Seitenlinien bieten.

Arbeiterrisiko. In der Josephstraße vernugtlich der Kutscher eines Kohlenwagens. Das Pferd schaute vor einer Dampfwalze, weshalb der Kutscher während der Fahrt vom Wagen springen wollte; er geriet jedoch dabei unter die Räder, die ihm schwere Verletzungen an einer Hand zufügten.

Ein empfindlicher Schaden entstand heute vormittag in der Konstantinstraße zu Leubnitz dadurch, daß ein mit einer Dampfwalze beladener Wagen, der dort in eine Thorfahrt einbiegen wollte, umkippte, wobei nicht nur der Wagen beschädigt wurde, sondern auch die Maschine auf die Straße fiel, so daß mehrere Eisenteile abbrachen.

Vermißt wird seit dem 21. d. M. die am 12. Juli 1847 in Wildenhain geborene Wirtschafterin Pauline Amalie Stolz geb. Schmidt aus ihrer in der Seeburgstraße 34 gelegenen Wohnung. Die Vermißte ist von kleiner Gestalt, hat ergrautes Haar, braune Augen, blaßes, faltiges Gesicht und trägt ein schwarzes Kleid, braunes Mantel, schwarzerlederne Handschuhe und ein Kopftuch. Es wird vermutet, daß der Frau ein Unfall zugestochen ist. — Ferner wird das am 20. Dezember 1881 in Baalberge geborene, zuletzt in der Bismarckstraße hier bedient gewesene Stubenmädchen Emma Olga Hübler vermisst. Das junge Mädchen, das sich möglicherweise ein Leid angetan hat, ist mittelgroß, blond, hat blaßes Gesicht und braune Augen. Die Vermißte trug zuletzt ein schwarzes Kleid, schwarzes Töpfchen und roten Hut.

Leichenfund. Im Elsterflusse wurde in der Nähe von Möckern gestern nachmittag der Leichnam eines extrunkenen jungen Menschen aufgefunden. Man erkannte in dem Toten einen in der Wallstraße in Eutritsch wohnhaft gewesenen, 19 Jahre alten Lehrling, der seit dem 17. Februar 1902 vermisst wurde.

Die Flucht durch Feuer. Gestern abend entpann sich in einem Hause der Wölkertstraße zwischen einem Ehepaare Streit. In dessen Verlauf stieg die Frau aus einem nach der Straße führenden Fenster, hielt sich am Fensterrahmen fest, ließ sich daran, so weit dies ging, herunter und sprang dann aus unbekannter Höhe auf die Straße hinab. Zu ihrem Glück hat dieser immerhin gefährliche Sprung der Frau nichts geschadet, da sie von einem hinzugekommenen Schuhmann und einem anderen Mann aufgefangen wurde.

Ein Diebstahl im Steueramt. Am 21. d. M. hat ein Bewohner von L.-Plagwitz beim Bezahlung der Steuern bei der Gebestelle im Plagwitzer Rathaus einen Geldbeitrag von 100 M. auf ein Zahlbrett aufgezählt und sich dann entfernt. Bald darauf erschien ein junger Mensch und bat um Einwechselung zweier Hundertmarkscheine. Er bekam aber nur einen solchen Schein, gewechselt und entfernte sich. Alsdann erschien auch der Mann wieder, der die 100 M. aufgezählt und liegen gelassen hatte. Nun war das Geld von dem Zahlbrett verschwunden. Es wird vermutet, daß es von dem jungen Menschen mit eingestrichen worden ist. Dieser wird beschrieben: etwa 18 Jahre alt, von mittler, schlanker Gestalt, mit schmalem Gesicht und dunklem Haar. Er machte den Eindruck eines Comptoirbüros.

Zum Rosenhale haben ruchlose Hände in der Nacht zum 23. d. M. von den am Wege nach Göhlis angebrachten Einsiedlungsschilden eine große Anzahl gewaltsam herausgerissen und umhergeworfen, zum Teil auch zerbrochen. Einige Schilderungen über die Thäter nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Feuerbericht. Ein Gardinenbrand entstand gestern vormittag in einer Wohnung der Kochstraße infolge achtlosen Wegwerfens eines brennenden Blaulichtes. Die Feuerwehr löste das Feuer. — In L.-Gellerhausen gerieten die in der Münze eines Fleischers hängenden Waren in Brand. Dieser wurde von Hausbewohnern erstellt. — In einer Wohnung der Möckerschen Straße in L.-Göhlis gerieten heute früh durch das Herausfallen glühender Kohlen aus dem Ofen Dielen und Balken in Brand. Die Feuerwehr befreite letzteren selbst.

• Sängerchor Lassalle. •

Sonntag den 30. März 1902

Grosse humoristische Abend - Unterhaltung

im großen Saale des Schloss Lindenfels, Leipzig-Lindenau.

Programme an der Kasse à 30 Pfg., im Vorverkauf à 25 Pfg. und sind solche zu haben am Buffet im Schloss Lindenfels, bei E. Kiebler, Cigarrengeschäft, Bischöfliche Straße, sowie bei sämtlichen Mitgliedern des Vereins. [2802]

Es lädt hierzu freundlich ein

Der Vorstand.

Dresdner Strohhut- u. Filzhut-Industrie

en gros Neu eröffnet.

am Brühl No. 8. en détail Neu eröffnet.

Zu unglaublich fabelhaft billigen Preisen empfehle:

Grosse Posten Damenhüte, neueste Formen, von 35 Pfg. an
Grosse Posten Mädchenhüte do. do. 25 "
Grosse Posten Kinderhüte do. do. 15 "
Grosse Posten Rosen in allen Farben pr. Stück 15 Pfg.
Grosse Posten Pongé-Selde in allen Farben " Meter 75 "
Grosse Posten Strohstoffe " " 45 "

Für Händler und Modistinnen ganz besonders billige Bezugsquelle. [2806]

Wiener Moden-Bazar

26 Reichstrasse 26

empfiehlt zur

Frühjahrs - Saison

elegant und chic garnierte

Damen-Hüte

zu Mk. 4.—, 5.—, 7.—, 8.50.
Sehr elegante Sachen nach den
neuesten Modellen Mk. 10.50,
12.—, 15.— etc.

Hüte f. junge Mädchen, garniert,
Mk. 1.75, 2.25, 2.75, 3.50.
Kinder - Hüte Mk. 1.50, 2.—,
2.50, 3.—.

Ungarnierte Hüte, mod. Façons,
für Damen 60 Pfg., 75 Pfg.,
Mk. 1.—, 1.10, 1.50.

Ungarnierte Kinder - Hüte von
50 Pfg. an.

Aufgarnierung und Umländerung von Hüten nach den neuesten
Modellen, chic und billig, 50 Pfg., 75 Pfg., 1 Mk. [2814]



An
Jedermann

liefere ich

Möbel, Konfektion, Kleiderstoffe
auf
Teilzahlung
S. Sachs
Geg. 1880. □ Nikolaistr. 31.

Achtung! Telegramm! Achtung!
Konkurs- und andere Schuhwaren aller Art
angeboten zu noch nie dagewesenen Preisen [2524]

20 Nikolaistrasse 20.

Barth, Kurfürststraße 24. (10747)
Billige Sportwagen, Kinder-
wagen und Puppenwagen.

Ernst Vollbach
Goldarbeiter [9742]
L.-Plagwitz
49 Karl Heine-Str. 49.
Lagerv. Gold- u. Silberwaren,
Werkstatt für Neuarbeiten
und Reparaturen.
10 Prozent Rabatt.

Möbel
heute solid und billig [2565]
E. Panster
Plagwitz
Metzburger Straße 18
Grosszschocher
Hauptstraße 34.

Stabile Fahrräder
für Dame u. Herren. 41.25, 1.50, 1.75, 2.00.
Gefahrene Räder billigst.
Sommerlatte. Pfaffenborfer Str. 18.

3 Stück Plüschi-Garnituren

10 Stück Plüschi-Sofas
in weniger modernen Bezügen, aber
solide, saubere Arbeit, verkaufe [2806]

mit 30 Prozent Rabatt

Leipziger Möbelhallen

Carl Max Raschig
Ronne Straße 33, Nähe Marienplatz.

R. Schaarschmidt

Plagwitz, Karl Heine-Str. 59

empfiehlt sein [1690]

großes Uhren- und

Goldwaren-Gager

zu Konfirmationsgeschenken.

Schriftl. Garantie. — Billige Preise.

Echt russ. Knöterich

von Alphöher M. Wagner.

Hervorragend bewährtes Mittel gegen
Husten und Brustbeschwerden, bei Er-
krankungen der Lungen, der Luftröhre und
des Halses. Für Originalbezug
aus Russland nur frästiger Pflanzen wird
garantiert, ohne marktfreudiger
Reklame zu machen. In Kartons zu
ca. 200 Gramm Mk. 1.— und zu 85 Gr.
50 Pfg. Allein bei C. Stuck Nachf.,
Petersteinweg 7; Marlen-Dro-
gerie, Plagwitz, Karl Heine-Str. 75;
Hofapotheke, Hahnstraße; Johannisapotheke, Dresdener Str.
Man achte auf den Namenszug. [382]

Familienanzeigen.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teil-
nahme bei dem Begegnis meines lieben
Mannes Herm. Paul Brauer sprechen wir
hierdurch allen unseren tiefgefühlenden Dank
aus. Besonderen Dank dem Tegillarh.-Ver-
band v. d. Textilia f. d. bereitwillige Tragen
u. f. d. Begleitung zur letzten Ruhestätte,
Fleinschöcher, den 24. März 1902.
2803] Anna verw. Brauer
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß unsere liebe
Martha [2805

im Alter von 14 Jahren 3 Mon. nach
schwerem Leid sanft entschlief ist.
Die trauernde Familie Emil Schäfer.

Die Beerdigung findet Donnerstag

nachm. 1/2 Uhr vom Trauerhause,

Stötteritzer Straße 7, aus statt.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß mein innig geliebter
Gatte, unser treusorgender Vater, Großvater, Bruder und Schwager, der
Geschäftsführer

Friedrich Jacob

im Alter von 58 Jahren 2 Tagen nach langem Leid starb heute
früh 1/2 Uhr verschieden ist. [2817]

Schmerzerfüllt zeigt dies nur hierdurch an

Stötteritz, den 25. März 1902

Anna verw. Jacob.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause,

Schulstraße 25, aus statt.

Todes-Anzeige.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag ver-
schied nach langem schwerem Leiden unser Ge-
schäftsführer, der Genosse

Friedrich Jacob.

Als Mitbegründer unseres Vereins war uns der-
selbe ein stets lieber und treuer Kollege in der
Verwaltung, weshalb wir sein Hinscheiden auf das
schmerzlichste bedauern. Seine stets rege Anteil-
nahme an den Geschäften des Vereins sichern ihm
bei uns ein ehrendes bleibendes Andenken.

Stötteritz, am 25. März 1902.

Die Verwaltung
des Konsumvereins Stötteritz u. Umg.
(E. G. m. b. H.)

[2818]

Todes-Anzeige.

Heute morgen verschied nach langer und schwerer
Krankheit unser lieber Freund und Genosse

Friedrich Jacob

in Stötteritz

im Alter von 58 Jahren.

Seine aufopfernde Thätigkeit in den Zeiten des Sozia-
listengesetzes und sein langjähriges Wirken als Mitglied
des Agitationskomitees sichern ihm ein dauerndes An-
denken in den Herzen der Parteigenossen.

Leipzig, 25. März 1902.

Das Agitationskomitee

der sozialdemokr. Partei für den 12. u. 13. sächs. Reichstagwahlkreis.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr vom
Trauerhause, Stötteritz, Schulstraße 25, aus statt.

Todes-Anzeige.

Heute früh 1/2 Uhr starb nach langem schwerem
Leid unser alter braver Parteigenosse

Friedrich Jacob

aus Stötteritz

im Alter von 58 Jahren.

Einer unserer bewährtesten Genossen ist in ihm ver-
schieden.

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Die Parteigenossen des Südost-Bezirks.

Die Beerdigung findet Freitag den 28. März nach-
mittags 4 Uhr vom Trauerhause, Stötteritz, Schulstr. 25,
aus statt.

Todes-Anzeige.

Nach langem schwerem Leid starb heute morgen
unser bewährter Parteigenosse

Friedrich Jacob

im Alter von 58 Jahren.

Sein offener Charakter und sein stetes Eintreten für
die Interessen der Partei sichern ihm ein bleibendes An-
denken.

Stötteritz, den 25. März 1902.

Die Parteigenossen von Stötteritz.

Der Arbeiterverein von Stötteritz.

Heute nacht 1/2 Uhr entschlief nach langem schwerem
Leid unser Geschäftsführer

Herr Friedrich Jacob

im Alter von 58 Jahren.

Sein ehrenvoller Charakter und sein gerechter Sinn
sichern ihm ein Andenken in den Herzen aller Angestellten.

Das Gesamtpersonal
des Konsumvereins für Stötteritz u. Umg.
[2825]

2. Beilage zu Nr. 69 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 25. März 1902.

Ans Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Wohnungsgeldzuschüsse. Nach einer Mitteilung, die die Regierung in den letzten Tagen vor den Ferien hat an die Erste Kammer gelangen lassen, sollen die Wohnungsgeldzuschüsse erst mit dem 1. Januar 1904 in Wirklichkeit treten. Natürlich ist es zunächst die schlechte Finanzlage, die zu dieser Entschließung der Regierung geführt hat. Jedoch hat aber auch die Thatsache dazu beigetragen, daß in der Ersten Kammer nicht viel Neigung für die Wohnungsgeldzuschüsse an die Beamten vorhanden ist. Die Beamten, die nach den Vorgängen im letzten Landtag darauf rechnen konnten, daß die so lange in Aussicht gestellte Wohnungsgeldvorlage in der gegenwärtigen Tagung zur Verabschiedung kommen werde, sehen sich nun wieder einmal in ihren Hoffnungen getäuscht. Sie werden nun wiederum auf zwei Jahre vertröstet, um nach zwei Jahren jedesfalls wiederum mit einem Wechsel auf die Zukunft abgespeist zu werden.

Wenn die Vorlage über die Wohnungsgelder fällt, würde sich der notwendig werdende Steuerzuschlag um 18 Prozent erhöhen. Daraus findet auch eine kürzlich durch die Presse gegangene Mitteilung ihre Erklärung, daß die Regierung glaube, mit 20 Prozent Zuschlag auskommen zu können. Dies wäre aber nur möglich, wenn auch sonst am Staat ganz wesentliche Abstriche gemacht würden. Aber auch ein Steuerzuschlag von nur 20 Prozent wäre in dieser Zeit wirtschaftlicher Not eine schwere Last für die Steuerzahler.

Das Kartell der Ordnungsparteien wird angeblickt
der immer näher rückenden Reichstagswahlen bereits wieder
in der bürgerlichen Presse erörtert. Im Chemnitzer Tage-
blatt liest man zu dem Thema: „In einem Artikel über die
Parteien im Landtag erwähnten wir vor kurzem, daß be-
reits unmittelbar nach der Entscheidung der im vorigen
Jahre stattgefundenen Ergänzungswahlen zum Landtag
Stimmen laut würden, die verkündeten, daß mit dem neuen
Stadium, in das das politische Leben in Sachsen durch das
völlige Ausscheiden der Sozialdemokratie aus dem Land-
tag getreten, eine Wenderung in dem bisherigen Verhältnis
zwischen Konservativen und Nationalliberalen unausbleib-
lich sein werde. Man glaubte auf dieser Seite, daß nach-
dem das Band, das die beiden Parteien in dem gemein-
samen Kampf gegen die Sozialdemokratie verbunden,
hinfießen sollte, fortan die verschiedenen politischen An-
schauungen zur vollen Geltung kommen und damit der
Gegensatz zwischen beiden Parteien schärfer in den Vorde-
grund treten werde. Die Folge davon werde sein, daß
man bei den Reichstagswahlen das Kartell „in die Brüche“
gehen werde. Wir sind damals dieser Ansicht energisch
entgegengetreten. Zu unserer Freude erscheinen wir heute
in einem Artikel der Sächsischen Nationalliberalen Korre-
spondenz, daß in Bestätigung unserer Auffassung thatshäch-
lich in beiden Lagern mit der Erneuerung des
Kartellverhältnisses für die zukünftigen Reichs-
tagswahlen gerechnet wird.“

In dem Wunsche auf Erneuerung des Kartellsverhältnisses ist die Sozialdemokratie das treibende Element. Die bürgerlichen Parteien haben bei den nächsten Reichstagswahlen mehr denn je Veranlassung, die Sozialdemokratie zu fürchten. Gehen aber die bürgerlichen Parteien bei den nächsten Wahlen wieder zusammen, d. h. folgen die national-liberalen Männerseelen aus Angst vor der Sozialdemokratie der Jähne der Brotwucherer, so kann es sehr leicht passieren, daß in Sachsen, das heute bereits von 23 Mandaten 12 sozialdemokratische hat, die Sozialdemokratie bei den unter dem Zeichen des Brotwuchers vor sich gehenden Wahlen alle Wahlkreise bis auf zwei oder drei erobert. Das wäre die notwendige Folge des Kartells, das gegen die Sozialdemokratie geschaffen worden ist, aber unter dem Zeichen des Brotwuchers nur um so schneller in sein Gegenteil umschlagen muß.

für die Nationalliberalen — das lehrt ja auch der Ausgang der Nachwahl im 10. Wahlkreis — ist es deshalb ein Lebensinteresse, in der Frage der Erhöhung der landwirtschaftlichen Bölle nicht blindlings den agrarischen Heizspornen zu folgen. Sie können nur dann auf Erfolg rechnen, wenn sie sich gegen Wucherzölle auf Getreide und Vieh wenden. Thun sie das aber, dann ist ein Kartell in unmöglich. Halten sie jedoch das Kartell hoch, dann werden sie am meisten unter der Erbitterung des Volkes zu leiden haben und es ist nicht unmöglich, daß sie, soweit Sachsen in Frage kommt, vollständig aus dem Reichstage verschwinden. Uns könnte das natürlich nur recht sein. Die Nationalliberalen haben also ihr Geschick selbst in den Händen!

Vergebliches Bemühen. Im 10. Reichstagswahlkreise sind, nachdem die Ersatzwahl mit dem Siege der Sozialdemokraten geendet, die Parteien um so eifriger bemüht, für die nächste Reichstagswahl im Jahre 1908 schon jetzt vorzuarbeiten. Der Bund der Landwirte hat sich durch Uebereinkommen mit einem kleineren Tageblatte, das vergrößert und auf dem Lande eingeführt werden soll, seit Ende Februar ein Organ für die Döbelner Gegend gesichert. Die Nationalliberalen werben durch Cirkulare für ihre Sache und suchen ihre Reihen zu verstärken, um den Wahlkreis „zurück zu erobern“. Die antisemitische Partei röhrt sich ebenfalls wieder mehr, da sie bei der nächsten Wahl „einen ihrer Dresdener Führer“ im 10. Wahlkreise aufstellen will. Am riübrigsten sind, so schreibt ein bürgerliches Blatt dazu, natürlich die Sozialdemokraten. Diese haben sich die Ersatzwahl 3173 Mf. kosten lassen. Da sie aber 3325 Mf. Einnahmen hatten, so bleibt ihnen immer

Diese hier anerkannte Rührigkeit der Sozialdemokraten wird auch ferner anhalten und den Gegnern aller Schätzungen beweisen, daß ihr Bemühen, den Kreis „zurück zu erobern“

f. Großsdj, 24. März. Vorige Woche schied ein alter Parteiengenosse, Albert Schröder, freiwillig aus dem Leben. Was ihn zu dieser unglücklichen That getrieben, ist unaufgeklärt. Schröder wurde auf Grund des neuen Wahlrechts aufgenommen.

aus Hamburg ausgewiesen und wandte sich nach Leipzig, wo er bei Verhängung des Belagerungsvertrages abermals ausgewiesen wurde. Hierauf wandte er sich nach seiner Vaterstadt Großschönau, wo er während des Sozialistengesetzes mehrere Jahre Vertrauensmann der Partei am Orte war. Seine rastlose Thätigkeit, sein biederer Charakter wird allen, die ihm näher standen, in Erinnerung bleiben. Ehre seinem Andenken! Gehyreiche Genossen und Arbeitskollegen gaben ihm beim Begräbnisse das letzte Geleit.

Bollerhöhung gefandt. Herr Oberbürgermeister Staude über-
gab die jedenfalls für ihn sehr unangenehme Einladung dem
Vorsteher und dieser erklärte dann, daß sich die Herren, die mit
nach Berlin zur Versammlung wollten, bei Herrn Staude melden
möchten.

× Altenburg, 24. März. Unser Landtag, der seit einigen Tagen zu läblichem Thun versammelt ist, hatte gestern eine sozialistische Debatte, in der wieder einmal der ganze Hass zum Ausdruck kam, von dem die Agrarier gegen die Arbeiter beseelt sind. Die Regierung hatte einen Gesetzentwurf eingebracht betreff. Errichtung einer Landwirtschaftskammer für den Bereich des Herzogtums, zu deren Kosten der Staat pro Jahr 2000 Ml. beisteuern soll. Von den 16000 landwirtschaftlichen Betrieben, die wir haben, dürfen aber nur etwa 5000 Besitzer zu dieser Landwirtschaftskammer wählen, denn das Wahlrecht ist an den Besitz von mindestens 3 Hektar Grund und Boden geknüpft. Unsere Parteigenossen wiesen darauf hin, daß der Handel und das Handwerk bereits ihre Vertretung durch eigene Kammern haben und fragten an, ob und wann die Regierung einmal daran denke, auch der Arbeiterschaft eine solche Vertretung in Form einer Arbeiterkammer zu geben. Regierung sowohl als auch die Konservativen waren enttäuscht über dieses Verlangen, denn die Interessen der Arbeiter würden bereits in der Handels- sowohl, als auch in der Handwerks- und Landwirtschaftskammer in weitgehendster und sachkundigster Weise vertreten. Besondere Arbeiterinteressen gebe es überhaupt nicht, auch sei schwer festzustellen, was unter dem Begriff Arbeiter zu verstehen wäre. Ein Staatsrat entdeckte das Hindernis in der Gewerbeordnung, die keine Möglichkeit biete, eine Arbeiterkammer zu errichten. Den Vogel schoß aber der Staatsminister v. Hellendorf, selbst Großgrundbesitzer, ab, indem er trocken erklärte: die Ansichten und Bestrebungen der Sozialdemokratie seien minderwertig; die Interessen der Arbeiter könnten am besten dadurch gefördert werden, daß man die Sozialdemokratie bekämpfe. Bei den Zielen, die die Arbeiterschaft im Auge habe, hätte man keine Ursache, ihr eine gesetzliche Grundlage zu geben, denn eine solche Arbeiterkammer würde lediglich eine Sozialdemokratenkammer werden. Als ihm von sozialdemokratischer Seite dafür entsprechend gedient war, rief er in höchster Erregung in die Versammlung hinein, daß eine Arbeiterkammer nur dann einen Sinn habe, wenn eine Unternehmerkammer bestände; als ob die Kammern für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft nicht reine Unternehmerkorporationen wären. In dieselbe Herbe wie der Staatsminister schlügen natürlich auch die Redner aus dem bürgerlichen Lager, die nur dann für eine Arbeiterkammer sein wollen, wenn die Arbeiter sich von der Sozialdemokratie abgewendet haben. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß ein Agrarier sich in einem Zeitungsartikel gegen die Landwirtschaftskammer erklärte, weil sie den Landwirten nichts nütze; dafür empfahl der gute Mann die Übernahme der Braunkohlenwerke auf den Staat, der dann die Erlöse daraus zur Hebung der Landwirtschaft verwenden solle. Der Gesetzentwurf fand schließlich einstimmige Annahme.

+ Erfurt, 24. März. Ein kommunaler Konflikt eigener Art bereitet sich hier vor. Die zum letzten Freitag einberufene Stadtverordnetenversammlung konnte nicht in die Beratungen eintreten, weil sie nicht beschlußfähig war. Das Kollegium ist nämlich durch den von sozialdemokratischer Seite durchgesuchten Wahlprotest um vier Personen vermindert. Der Vorsteher berief zuerst eine zweite Versammlung ein, die noch der Städteordnung ohne Rücksicht auf die Teilnehmerzahl beschlußfähig ist. Bei der Einberufung war aber die Frist, zwei freie Tage, nicht gewahrt worden, weshalb bei Beginn der Verhandlungen sofort Protest erhoben wurde. Die Versammlung erklärte hierauf die gesamte Tagesordnung in Pausch und Bogen für dringlich, worauf ein Teil der Stadtverordneten unter Protest und mit der Erklärung, die Beschlüsse aufzuschieben zu wollen, den Saal verließ. — Die Versammlung beriet im weiteren die Errichtung einer obligatorischen, kaufmännischen Fortbildungsschule.

Vereine und Versammlungen.

Wahlarbeiterverhantlung
dem Westen einberufene, lebtet

Eine nach dem Wehen einverträgliche, leider sehr schwach verlaufene Musikarbeiterversammlung tagte am 19. März im Vater Jahn zu Leutkisch. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Das Verhalten der Unternehmer zur Zeit der Krisen, hatte Kollege Meusch das Referat übernommen. Zurückgreifend auf die nach dem Kriege von 1870 eingetretenen Krisen der Jahre 1873 und 1878 bemerkte Siebner, daß damals schon die Unternehmer durch ihre unsinnige kapitalistische Produktionsweise die Krisen verschuldeten. In der Organisation zu schwach, standen die Arbeiter den Unternehmern machtlos gegenüber, und dies benützend, suchten die Unternehmer in den Krisen 1873 ebenso wie 1878 durch 20 bis 30 prozentige Lohnabzüge die durch ihre Schuld entstandenen Schäden auf Kosten der Arbeiter wieder zu decken. So hatten die Bau- und Möbelthücker durch das brutale Vorgehen der Unternehmer bei 12 stündiger Arbeitszeit in den Jahren 1879 und 1880 einen Lohn von 18 Mk. zu verzehnen, was sie jedoch nicht abhielt, durch kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisation sich selbst zu helfen und eine Grundlage zu schaffen, die selbst das Sozialistengesetz nicht zu erschüttern vermochte. Fast immer waren es jedoch die Musikarbeiter, die, wenn auch nicht finanziell, so doch moralisch die Organisation im Stiche ließen; so wären denn durch das indifferente Verhalten der größten Zahl der Musikarbeiter die bestehenden Mißstände in viel größerem Maße vorhanden, wenn nicht andere Branchen innerhalb der Organisation bahnbrechend vorgegangen wären, wobei natürlich die Musikarbeiter unbeteiligt Vorteile mit errungen haben. Möchten die Kollegen sich der Organisation anschließen, um in berjeßigen, und der durch die Zollpolitik noch viel schlimmer in Aussicht stehenden Krisen zu erwartende Verschlechterungen mit Erfolg zurückweisen zu können. Die Kollegen auffordernd, in der Versammlung zahlreicher wie bisher zu erscheinen, um dadurch sich mehr aneinander gebunden zu fühlen, schließt Kollege Meusch seinen mit lebhaften Beifall aufgenommenen Vortrag. Unterm 2. Punkt, Gewerkschaftliches, entspann sich eine äußerst lebhafte Debatte über die bei den Firmen Flemming und Hörligel bestehende englische Arbeitszeit. Geplagt wurde über die bei der Firma Hörligel bestehenden sanitären Verhältnisse. Von dieser Firma ist noch zu berichten, daß dort Überstunden gemacht werden. Die Einstellung von Mädchen als billige Arbeitskräfte, mag den dort beschäftigten Kollegen zu denken geben. Mit einem Appell an die Versammlung, sich der Organisation anzuschließen, um gegebenenfalls dem Unter-

hielten am 22. März eine von ca. 170 Roslegern besuchte öffentliche Versammlung in der Flora ab. Unterm 1. Punkt hielt Genosse Lüttich einen interessanten Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung und das Unterstützungswezen. Der Referent betonte vor allen Dingen, daß die Arbeitslosenunterstützung genügend ausgebaut

ein geschlossenes Ganze gebildet und der Kampfscharakter der Organisation gewahrt werde. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und lohnte ihn durch lebhafte Beifall. Hierauf wurde zum 2. Punkt, Beschlussfassung über den Antrag der Lohnkommission, geschritten. Der Antrag lautete: Der Unterstützungs fonds ist in seiner jetzigen Gestalt aufzuheben; die vorhandenen Gelder werden der Lokalkasse überwiesen. Es erlischt für alle, die bisher dem Unterstützungs fonds Beiträge zugehen ließen, jedweber Anspruch an die vorhandenen Gelder. Die Regelung der Arbeitslosenunterstützung bleibt einer späteren Versammlung vorbehalten. Es entspannt sich nun über den Antrag eine lebhafte Diskussion. Zunächst wird das System der Bezirksklassierer erweitert werden; sie sollen, um die Beitragszahlung den Kollegen zu erleichtern, alle 14 Tage einsortieren gehen. Es liegt nun an den Kollegen, ihren Pflichten voll und ganz nachzukommen, eventuell bei Abwesenheit in ihrer Wohnung den Frauen, und bei den Ledigen den Wirtsleuten die Beiträge zu übergeben, damit die Bezirksklassierer nicht so oft umsonst zu gehen brauchen. Die übrigen Gelder werden nach Abzug der Verwaltungskosten resp. der laufenden Ausgaben einem Fonds überwiesen, um in Streitfällen stets gewappnet dazustehen. Ferner wird, wenn die Sache gut funktioniert, eine Arbeitslosenunterstützung an die Kollegen, gleichviel, ob verheiratet oder ledig, aus der Lokalkasse gewährt werden. Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen, und tritt demnach diese Neuerung am 1. April d. J. in Kraft. Hierauf fand die Wahl der Bezirksklassierer statt. Es sind dies die Kollegen Schreiner, Thiemke, Thierbach, Wehrl, Kaltenborn, Kurt Müller, Richard Müller, Risse, Busch, Börner, Erler, Lehmann, Kahnt, Steinbrück, Pötsch und Karl Hähnel. Unter Gewerkschaftlichem wurden die Kollegen noch eracht, sich zu der am dritten Feiertag stattfindenden Besichtigung des Konsumvereins Plagwitz recht zahlreich einzufinden. Treffpunkt Restaurant Richter, Plagwitz, Nonnenstraße, nachmittags $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Arbeitslosenzählkarten müssen plakatlicher abgeliefert werden.

Öffentliche Alleschnerversammlung in Markranstädt
am 22. März im Saale des Thüringer Hofs. Tagesordnung:
1. Der vom 18. bis 20. Mat stattfindende internationale Alleschner-
kongress. 2. Die Feier des 1. Mat. 3. Gewerkschaftliches. Zum
1. Vunkt berichtet Kollege Tunger, der die Zweckmäßigkeit und Be-
deutung des internationalen Kongresses nachweist und es für geboten
erachtet, vor allem auch ein Hauptraugenmerk auf unser Fachblatt
zu richten. Er spricht sich für die weitere Verfassung des Druckes
und der Redaktion in Brüssel aus, da durch die geplante Umänderung
wohl auf der einen Seite Erniedrigung der Herstellungskosten ein-
tritt, auf der anderen Seite aber für den Redakteur ein größerer
Gehüdag zu erwarten sei. Da die Verdienste des bisherigen Redak-
teurs zu würdigen sind, der mit größter Opferwilligkeit sein Amt
verwaltet hat, soll ihm nicht mit Unbedankt gelohnt werden. In der-
selben Weise sprechen sich die Kollegen Breischneber, Lachmann,
Masch und Haushild aus. Der Antwerpener Antrag, 1 Mat. Streif-
unterstützung pro Woche zu zahlen, wird, da die Konjunkturen der
Berufsszweige diametral gegenüberstehen, für zu hoch erklärt. Als
Delegierter wird Kollege Tunger gewählt. Die Feier des 1. Mat
wird einstimmig beschlossen und dafür plädiert, allerorts zu feiern
und an den öffentlichen Veranstaltungen regen Anteil zu nehmen.
Unter Gewerkschaftlichem wird angeführt, daß sich eine Verstärkung
der Lohnkommission nötig macht und hierzu die Kollegen Lachmann,
Kunter, Sommer und Müller gewählt. Neben die Arbeitsverhältnisse
eines Mannes bei Belmonte sollen an kompetenter Stelle Er-
kundigungen eingezogen werden. Ferner soll der Gründung eines
Arbeitsnachweises näher getreten werden. Kollege Kemmlitz und
Lachmann nehmen Veranlassung, über das Bestehen eines solchen
zu berichten, der wegen seiner inkorrektlen Handhabung nicht zur
Blüte gelangt ist, und auf anderer Grundlage geschaffen werden
müsse. Die örtliche Lohnkommission, sowie der Vorstand werden
beiraut, nötigenfalls mit den Meistern zu unterhandeln.

Der Sozialdemokratische Verein S.-Öst
bleibt am 21. März in den Drei Mohren seine regelmäßige Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Genossen Dr. med. Fritsche über: Geistige Epidemien; 2. Vereinsangelegenheiten. Nachdem der Referent die jetzt so häufig vorkommenden Nervenkrankheiten besprochen hatte, schiberte er, wie die verschlebenen religiösen Bewegungen zu geradezu geistigen Epidemien ausarteten. Er kam dann auf die geschlechtlichen Ausschweifungen der römischen Kaiser, sowie Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. und Friedrich Wilhelms II. zu sprechen. Als Geschmackswirrungen bezeichnete er die Auswüchse in der Mode, in der modernen Malerei und Schriftstellerel, sowie in der Naturheilkunde. Auch auf dem Gebiete der Politik machten sich gewisse geistige Epidemien bemerkbar, so zum Beispiel in dem übertriebenen Antisemitismus und Patriotismus. In der Sozialdemokratie sei es der Opportunismus, der, trotzdem die Sozialdemokratie durch die Vertretung des Klassenstandpunktes groß geworden sei, das Hell für die Arbeiter in der Kompromisszeit erblickte. Am Schluß des mit grohem Beifall aufgenommenen interessanten Vortrages ersuchte der Redner, nicht nur den Verstand, sondern auch den Charakter zu stählen, um uns vor geistigen Epidemien zu schützen. — Unter Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß es dem Vorstand trotz eifrigem Bemühens nicht gelungen sei, einen auswärtigen Referenten für die bereits für März geplante Agitationversammlung zu gewinnen, dieselbe könne also erst später stattfinden. Ferner sei für den 18. April ein Ausflug nach Dösen zur Besichtigung des dortigen Genesungshofs in Aussicht genommen. Nachdem Genosse Schneller ersucht, bei seinen Einkäufen die in der Leipziger Volkszeitung inserierenden Geschäfte zu berücksichtigen und mehr auf dieselbe zu verweisen, forderte der Vorsitzende noch zur Werbung neuer Mitglieder auf.

Verhandlung eines Delegaten in Versammlung der Holzarbeiter.

Bei der öffentlichen Holzarbeiterversammlung, die am Sonnabend im Coburger Hof tagte, referierte Genosse Dr. Dunder über das Thema: Marxismus und Gewerkschaftsbewegung. Redner ging von einer kurzen Uebersicht über das äußere Wachstum der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten aus. Aber wie steht es mit dem inneren Wachstum und zweitens mit der theoretischen Festigung der Gewerkschaften? Plannigsche Vorlesungen der letzten Jahre lehren, daß daß Ziel der Gewerkschaften vielfach unscharf, oft unrichtig erscheint. Da thue eine genaue wissenschaftliche Durchdringung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit not. Der Rezenter entwickelte dann in populärer Weise die Grundbegriffe des Marxismus: Werttheorien, Mehrwertprobleme etc. Daraus ergiebt sich für die gewerkschaftliche Praxis die Forberung einer wirklich höheren Bewertung der Arbeitskraft auf Grund gesetzter Kulturbedarfs. Dazwischen Unternehmer nur zu oft eine Verkürzung der Arbeitszeit durch Steigerung der Arbeitsintensität ausgleicht, zeigen die erschreckenden Zahlen der Unfallstatistik. Andererseits muß aber das Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes die Schwächung der Kapitalmacht, das heißt die Verringerung des Kapitalprofits sein. Dieser bleibt ja unangetastet, wenn z. B. der Unternehmer durch erhöhten Warenpreis sich für größere Lohnzahlung schablos hält. Indem die Gewerkschaften durch ihre Forberung die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigen, förbern sie den wirtschaftlichen Fortschritt und bereiten als Kampfesorganisation neben der politischen Bewegung dem Sozialismus den Weg. — Zum 2. Punkt, Gewerkschaftliches, schilberte der Vorsitzende den bereits begonnenen Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Berliner Elschler-Partei, wo es in erster Linie gelte, den Zugang nach Berlin zu vermeiden.

In der Generalversammlung, die am 19. März im Coburger Hof stattfand, gab die Vorsitzende Genossin Jäger den Bericht über die Thätigkeit und die Kassiererin Genossin Heller über die Kassenverhältnisse des Vereins. Der Verein hat 12 Versammlungen abgehalten. Die Vorträge behandelten politische, historische, hygienische und litterarische Themen. Auch gegen den Brotwucher und zu der

herrschenden Krise wurde Stellung genommen. Die Mitgliederzahl beträgt 250. Die Zahl ist scheinbar zurückgegangen, was aber dadurch zu erklären ist, daß eine große Zahl wegen zu großen Rückstandes mit ihren Beiträgen gestrichen werden mußte. Die verbleibenden 250 Mitglieder zahlen ihre Beiträge regelmäßig. Dieses Resultat ist erzielt worden durch daß Ausstragen der Gleichheit, welcher Weise sich eine Anzahl Genossinnen in dankenswerter Weise ohne jede Entschädigung unterzogen haben. Der Kassiererin, die mit der Regelung eine ganz bedeutende Arbeit zu erledigen hatte, wurden von der Versammlung 15 Pf. bewilligt. Die Einnahme des Vereins betrug 504,42 Pf. Der Kassenstand beim vorigen Abschluß 187,96 Mark. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 564 Mark, darunter 253,80 Mark für die Gleichheit, 40 Mark an das Agitationskomitee, 10 Mark an die ausgesperrten Tabakarbeiter, 10 Mark an die ausgesperrten Weber und 15 Mark an die Glasarbeiter. Es verbleibt ein Kassenbestand von 168,88 Mark. Genossin Wolf erklärt, die Kasse revidiert und in musterhafter Ordnung gefunden zu haben. Der Geselligkeit ist im letzten Jahre durch ein Sommerfest und zwei Familienabende zu ihrem Rechte verholfen worden. Ein gemeinsamer Spaziergang, eine Besichtigung des Konsumvereins Plagwitz und ein gemeinsamer Besuch des städtischen Museums waren ebenfalls Veranstaltungen des Vereins, um den Mitgliedern die verschiedenen Anregungen zu geben. Die Neuwahl ergab, daß die Genossin Jäger als Vorsitzende und die Genossin Heiser als Kassiererin wiedergewählt wurden. Die Genossinnen Müller, Geibel, Nemus, Pfefferkorn und Behmann vervollständigen den Vorstand. Die Genossinnen Pötzsch und Friedrich wurden zu Revierlinnen bestimmt. Mit der Generalversammlung war eine Ausstellung der Meisterbilder verbunden, zu welcher Genosse M. Wittich einen erläuternden Vortrag hielt. Die künstlerisch hergestellten Abdrücke der berühmtesten Gemälde deutscher, italienischer und holländischer Meister der Malkunst, als Rafael, Dürer, Michel Angelo, Rembrandt u. a. hat uns der Leiter des Kunstwart überlassen. Er ist seit ungefähr 15 Jahren bemüht, die Kunst volkstümlich zu machen, und versucht jetzt, seinem Biele näher zu kommen, indem er Arbeitervereinen Sammlungen solcher billigen aber guten Abdrücke zugeschenkt. Der höchst interessante Vortrag des Genossen Wittich brachte den Anwesenden zum Bewußtsein, wieviel wir entbehren, wenn wir keinen Tell an der Kunst, der edelsten Güte menschlichen Schöpfens haben. Es ist zu wünschen, daß die Genossinnen recht ausgiebigen Gebrauch machen von der Gelegenheit, die uns jetzt geboten ist, für wenig Geld wirklich gute Abdrücke dieser herrlichen Gemälde zur Ausschmückung ihres Heims zu erwerben. Die Bilderkosten das Stück 25 Pf., und sind bei der Vorsitzenden des Vereins zu bestellen.

Der Gemeinnützige Verein für Sommersfeld-Engelsdorf
hielt am Sonntag den 28. März seine Monatsversammlung im Bahnhofrestaurant zu Sommersfeld ab. Der Vereinsvorsitzende, Johannes Nies, der über Zweck und Ziele des Gemeinnützigen Vereins sprach, ging auf die Gründung des Vereins ein, die vor etwa 8 Jahren erfolgte und schiberte den eigentlichen Zweck des Vereins, der in der Wahrung der Interessen sämtlicher Einwohner und in der Förderung der geistigen Ausbildung seiner Mitglieder bestand. Durch ein höchst unliebsames Vorkommen innerhalb des Vereins ging die Mitgliederzahl sehr zurück und hat sich auch nicht wieder annähernd zu der anfänglichen Stärke gehoben. Der Erwerbung des Mitgliedsrechtes dürften keine politischen oder religiösen Schranken gezogen werden. Die Thätigkeit des Vereins habe sich trotzdem immer gegen reaktionäre Anschaungen gerichtet und habe stets nur das Wohl der ärmeren Klasse zur Grundlage gehabt. So müsse es auch in Zukunft bleiben. Nach diesem von der Mehrheit der Mitglieder befällig aufgenommenen Vortrage wurde in eine Diskussion eingetreten, in deren Verlauf sich der erste Schriftführer gegen den Vorwurf des Prinzipienbruches, der ihm von einigen Genossen gemacht worden war, verteidigte. Die Verleugnung des Parteiprincips soll in einem Bassus des Jahresberichts gesunden worden sein, in dem die Neutralität des Vereins in politischer und religiöser Beziehung hervorgehoben wird. Diese wichtige Angelegenheit soll dennoch weiter verfolgt werden. Eine Resolution, die dem Vorstande das Vertrauen der Mitglieder beflügelt des von ihm eingenommenen Standpunktes ausspricht, und die von ihm angegebenen Ziele des Vereins für richtig anerkennt, wurde gegen eine Stimme angenommen. Ueber Gemeindeangelegenheiten spricht Gemeinderatsmitglied Uhle in Sommersfeld. Auf das Referat des Gemeindevertreters für Engelsdorf musste wegen dessen Abwesenheit verzichtet werden. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß beim diesjährigen Konfirmandenunterricht die Konfirmanden nicht nach ihren Kenntnissen oder ihrer sonstigen Führung, sondern nach der Zahl ihrer Kirchenbesuche gezeigt sein sollen. Auch das Lokal, in dem der Unterricht abgehalten wird, wurde als unzurechnbar bezeichnet. Von den Versammelten wurde es freudig begrüßt, daß eine Anzahl hiesiger angesehener Einwohner in dieser Woche eine Beschwerbeschrijft an die zuständige Kirchenbehörde einreichen wollen. Ferner wurde auch gerügt, daß die Schulcensuren eine Rubrik ausweisen, in der die Zahl der Kirchenbesuche des betreffenden Kindes eingetragen ist, und schließlich wurde noch unliebsam bemerkt, daß beim Schulegamen außer dem Pastor kein Mitglied des Schulvorstandes belgewohnt habe. Unter Vereinsangelegenheiten kommt die Bestrafung des Vorsitzenden und zweier Vereinsmitglieder wegen Übertretung des neuen Tanzregulations zur Sprache. Es ist hiergegen Berufung eingelegt worden. Im Mai soll ein Besuch des Zoologischen Gartens stattfinden, wobei jedes Mitglied drei Kinder ohne Eintrittsgebühr mitnehmen kann. Im April wird ein Familienabend im Gasthause Engelsdorf abgehalten werden. Zu den Vorstandssitzungen soll der Obmann der Sängerabteilung zugelassen werden. In einer Anfrage im Fragekasten wird der Wunsch ausgedrückt, daß auch Sommersfeld eine Leichenfrau erhalten möge. Diese Angelegenheit wird dem Vorstande zur Erwirkung überwiesen.

Arbeiterverein Stötteritz.

In der am 22. März abgehaltenen Versammlung referierte Genosse Karl Kloß über die Gemeinderatssitzungen vom 5. und 18. März. Es haben zwei Dankesreden vorgelegen: vom Kirchenvorstande betreffs der Neuerstellung des Kirchenplatzes und für die Bewilligung von 600 M^r. für die Gemeindebedarfsfassen. Vom Rat der Stadt Leipzig ist ein Schreiben eingegangen, in dem er bekannt giebt, daß mit der Errichtung eines Wasserturmes begonnen werde. Die Leipziger Immobiliengesellschaft hat in Gemeinschaft mit der Deutschen Kreditanstalt sich verpflichtet, auch in diesem Jahre eine Steuerauszahlsumme von 4000 M^r. an die Gemeinde abzuführen. Die Hilfslehrer Wendler und Schulze sind als ständige Lehrer angestellt worden. Sobann erfolgt Bericht über die eingegangenen Baugesuche. Die Schankconcessionsgesuche Heine und Schwarz sind beifürwortet, dagegen das der Frau Blaß abgelehnt worden. Zwei Besuchen um Befreiung vom Militärdienst ist entsprochen worden. Ein Gesuch des Wegewärters Grünzig, die Pensionsberechtigung zu erlangen, ist abgelehnt worden. Zwischen Stötteritz und Holzhausen soll ein Düngerbassin hergestellt werden. Als Bauinspektor ist Herr Röhle aus Großenhain gewählt worden. Diesem Bericht folgte eine längere Diskussion. Im weiteren wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag eine Partie für Erwachsene zu machen. Sammelpunkt 7 Uhr früh. Am 1. Osterfeiertag findet ein Lieberabend vom Gemischten Chor im Deutschen Haus statt. Anfang 7 Uhr abends.

Der Volkverein für Schönesfeld und Umgegend hielt Sonnabend den 22. März seine Monatsversammlung ab. Genosse Schmidt referierte über Koalition und Organisation. An den Vortrag schloß sich eine kurze Debatte. Hierauf erstattete Genosse Kopisch den Gemeinderatsbericht. Genosse Friedemann berichtete noch über die Regulierung des Abtnaumborfer Weges. Die geplante Wasserleitung veranlaßte eine nochmalige Aussprache. Die anwesenden Vertreter gaben hierüber die nötige Ausklärung, wobei man sich beruhigte. Unter Vereinsangelegenheiten kommt man auf

die Mitte April aufzunehmende Statistik zu sprechen. Besonderer Wert wird auf Staatsangehörigkeit, Beruf und Angehörigkeit im Gewerbe gelegt; die Mitglieder werden ersucht, den Ausweis über Interessenzur Stelle zu haben. Nach Erledigung kleinster Sachen wird noch angeregt und beschlossen, am 1. Oktobertagen einen Ausflug nach den Parthenbörsen zu unternehmen; die Teilnehmer treffen sich 1 Uhr in Stadt Leipzig. Der Vorsitzende steht noch bekannt, daß in nächster Versammlung Genosse W. Willich einen Vortrag hält.

Gemeinde-Zeitung.

S Sommersfeld. Die Gemeindevorstellung vom 21. März wies nur wenige Punkte auf. In Sachen eines Steuererlaßgesuches wurde die Aufführung weiterer Ermittlungen beschlossen. Die Schankkonzession des Herrn W. in Zelpzig für den hiesigen Gasthof zum Stern wurde befürwortet, ebenso eine Baugenehmigung des Herrn B. aus Waunsdorf. Den Herren Peukert und Genossen, deren Bauplan in voriger Sitzung Genehmigung stand, wurde aufgegeben, noch einen Zuflührweg in der Feldlinie vorzusehen. Ferner sprachen sich noch einige Gemeindevertreter missbilligend darüber aus, daß bei den am letzten Donnerstag vom Kirchschullehrer abgehaltenen Schlexamien kein Mitglied des Schulvorstandes zugegen war. Der Schulvorstand besteht aus den Gutsbesitzern Götsching, D. Hahn und Bär, sowie aus dem Unansässigen Granghanel.

Mittheilungen aus dem Publikum.

Auf zahlreiche Anfragen der Arbeiter Włocławsk, warum der Volksbildungsverein seine Versammlungen nicht mehr in Stobitz abhält, sei erklärt, daß der Saal des betreffenden Lokales nicht mehr zur Verfügung steht und der Verein schon seit langer Zeit bei Herrn Stange (Restaurant Lindenhof) tagt. Wir bitten dies zu beachten. Auch die organisierten Arbeiter, die bei Abschlägen sc. nach Włocławsk kommen, werben gebeten, dort zu verkehren, wo sie gerne gesehen werden und wo sie ihre Interessen vertreten können.

An die Frauen der Geschäftsführer Leipziger Spediteure!
Wie Ihr ja alle wisst, soll unsere Fahneneinführung am 4. Mai im Albertgarten gefeiert werden. In der am Sonntag in der Thüringer Dorfstraße stattgefundenen Versammlung wurde uns mitgeteilt, daß die Fahne fertiggestellt ist, daß aber das Geld nicht ganz reicht, die Fahne kostet über 500 Mk., und daß auch noch eine Schärpe nötig ist. Die Kosten dafür sollen die Imigranten aufbringen. Bei dieser Gelegenheit sprach eine der anwesenden Frauen ihre Verwunderung aus, daß wir, deren Männer zu den schlechtest bezahlten gehören, noch Geld und Zeit übrig haben zu solchen teuren und doch so wertlosen Spielereien. Sie wies auf unsere elende Lage hin, in der wir leben, daß unsere Männer eine Arbeitszeit von früh 4 bis abends 8 oder 9 Uhr haben, daß sie während dieser Zeit angestrengt arbeiten müssen und doch dafür einen so schlechten Lohn bekommen. 18 bis höchstens 20 Mk. Wochenlohn zahlen die Herren Spediteure für die 16 bis 17 Stunden täglich währende schwere Arbeit. Dass wir damit nicht bestehen können, ist ja klar und wird dadurch bewiesen, daß wir fast alle ohne Ausnahme irgend welche Haus- oder Fabrikarbeit machen müssen, um für den Unterhalt unserer Familie mit beizutragen, unsere Wirtschaft und unsere Kinder dagegen vernachlässigen müssen. Die Frau führte ferner aus, daß infolge der schlechten Löhne unserer Männer gerade dieser Beruf den größten Prozentsatz zu den Eigentumsvergehen stellt und erwähnte den Fall, der vor Weihnachten passierte, wo einer der Vertriebskollegen unserer Männer bei der Speditionsfirma Lentsch aus Not einen Getreidekasten gestohlen hat. Er wurde erwischt und durch die Polizei abgeführt. Aus Scham hat er sich nachher das Leben genommen und seine Frau mit 7 Kindern ohne Ernährer zurückgelassen. Und warum das alles? Weil unsere Männer noch nicht eingezehnt haben, daß sie Hand anlegen müssen, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihrem Berufe zu schaffen, daß sie nicht mehr durch die Not gezwungen werden zur Unehrlichkeit. Die Frau ist unsere Mitschwester, was ihr passiert ist, kann uns morgen oder übermorgen treffen. Not bringt Elsen. Auch den Besen und Ehrlichsten kann sie überwinden, und wenn er nicht zum Diebstahl greift, so sucht er Trost bei der Schnapsflasche. Und was das bedeutet, Ihr Frauen, das sehen wir alle Tage. Das ist der Ruin des Familienlebens, des häuslichen Glücks. Wohl denen, die das nicht aus eigener Erfahrung kennen. Was mich aber zu dieser Veröffentlichung veranlaßt, das ist die Ausnahme, die die wohlgemeinten Worte der Frau in unserer Versammlung faulen. Eine Anzahl Frauen, hauptsächlich das Komitee, fühlte sich beleidigt und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre die Frau noch geprängt worden. Es fielen schon Reden, wie tödlich die Bäcken vollhauen" und ähnliche Worte. Wenn nicht ein Teil der vernünftigen Frauen die Bedrohte in Schutz genommen hätten, so wäre sie jedenfalls nicht unverschont aus dem Saal gekommen. Ich muß gestehen, mich hat dieser ganze Vorgang zum Nachdenken angeregt. Wäre das in der ersten Versammlung geschehen, wo die Ablösung der Fahne beschlossen wurde, dann hätte ich jedesfalls mein Geld behalten, jetzt ist es leider zu spät. Über ich werde nicht ruhen noch rasten, bis ich meinen Mann soweit gebracht habe, daß er sich dem Centralverbande der Handels- und Transportarbeiter anschließt und dort mit den Kollegen für eine Verbesserung unserer Lage kämpft. Ich habe gesehen, daß eine Anzahl Frauen unbefriedigt waren und vielleicht ähnlich denken wie ich. An diese richte ich das Ersuchen: „Rüttelt Eure Männer auf aus ihrer Schläfrigkeit, aus der nur die Herren Unternehmer und Repräsentateure Nutzen ziehen; forgt dafür, daß sie sich an dem Kampfe um eine bessere, um eine menschenwürdige Existenz beteiligen. Wir brauchen dann keine grün und weiße Fahne, die eine Menge Geld kostet und die nur den Zweck hat, bei dem Begräbnisse unserer Männer vorangetragen zu werden. Wir wollen lieber unter der roten Fahne der Liebe und Freiheit, wenn nicht uns, so doch unseren Kindern eine glücklichere Zukunft erkämpfen.“

Editorien der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig: Frau Helene Bauer, Albertstraße 12, p.
 " " S. Borleß, Markthallenstraße 12, p.
 " Henriette Dingeldein, Markt 10 (Kauhalle).
 L.-Auer: Herr G. Schlemmer, Zwischenauritzer Straße 25, p.
 " S. Nasch, Thchoriusstraße 12.
 L.-Eutrich: Restaurant Hoyer, Schönefelder Str. 12.
 L.-Gohlis, Restaurant Wölkchshof, Obere Georgstraße.
 L.-Kleinjocher: Herr M. Bobbig (Barbiergeschäft).
 " Karl Peter, Plagwitzer Straße 5.
 L.-Bludenz: Herr H. Pollandt, Gutsmühlsstraße 7.
 Frau Kl. Wehmann, Bismarckstraße 40.
 Leipzg: Herr F. Stothe, Grenzstraße 1.
 L.-Neustadt: Herr P. Fries, Eisenbahnstraße 25, p.
 " Herr A. Jacob, Eisenbahnstraße 27.
 " D. Kühe, Marktstraße 41, p.
 L.-Plagwitz: " K. Schulze, Cigarrengeßäft, Schmiedestraße 16
 (Ecke Böhnerstraße.)
 L.-Sellerhausen: Herr S. Ehle, Wurzener Straße 80, p.
 L.-Thonberg: Herr Oskar Pelschl, Reichenhainer Str. 84.
 L.-Vollmarzdorf: Wag Nüger, Torgauer Str. 7 (Ecke Gnandstraße).
 L.-Neubnig: " Wl. Nöhler, Kreuzstraße 87.
 " Restaurant Schöder, Kronprinzstraße 6, p.
 " Herr F. Otto, Chausseestraße 43, p.
 " J. Bonfig, Wurzener Straße 5, p.
 L.-Neubnig o. T.: Herr Sipp, Obere Ministerstraße 21.
 Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei sämtlichen Aussträgern abgeholt werden.